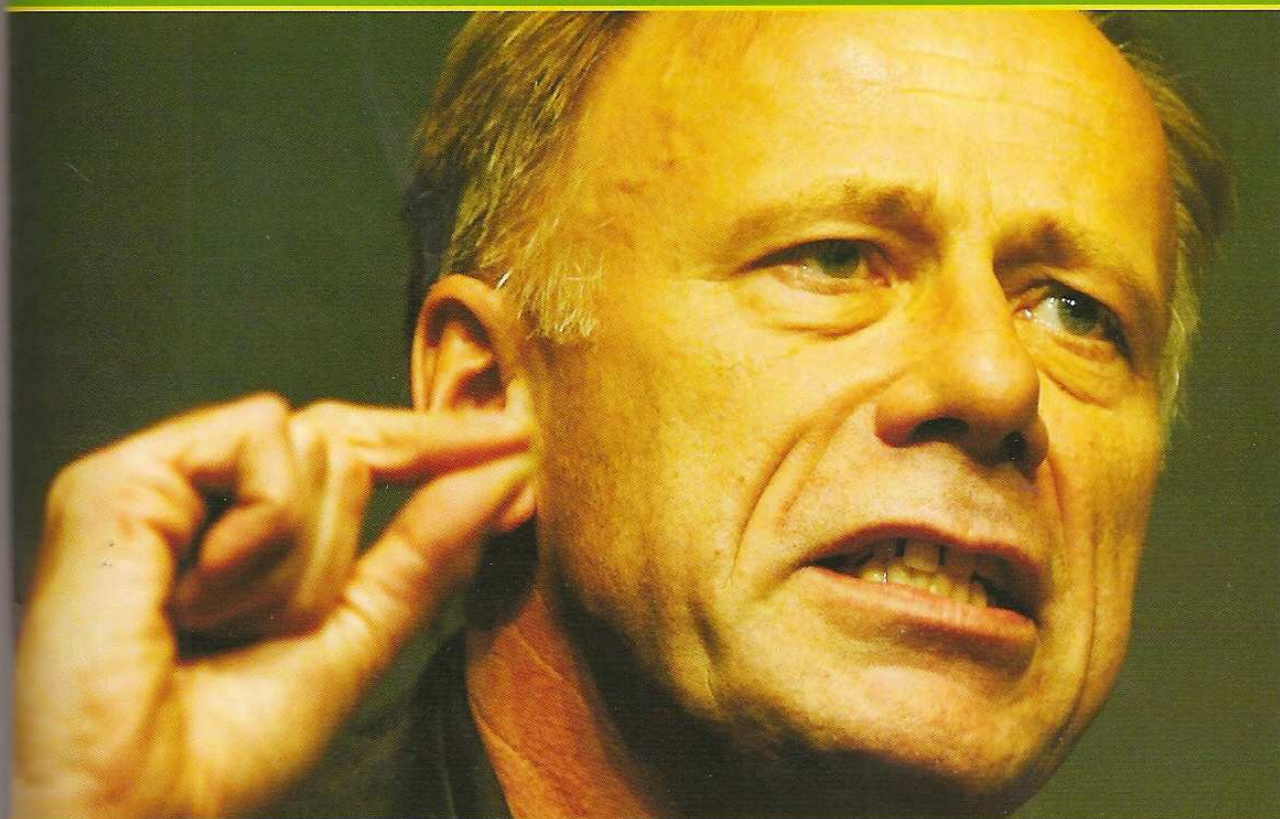


Peter Helmes

Trittin - Die grüne Gefahr



Jürgen Trittin – Die grüne Gefahr

Von Peter Helmes

Herausgeber:

DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
1. Auflage Juni 2013

Alle Rechte bei:

DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 - 299 44 01 – Telefax: 040 - 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:

Postbank – BLZ 200 100 20 – Konto-Nr.: 333 33 205

Druck:

SZ-Druck – Martin-Luther-Straße 2-6 – 53757 St. Augustin

Fotos/Zeichnungen: DPA-Picture Alliance

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort von Joachim Siegerist	5
I. Das Wichtigste in Kürze	6
„Steckbrief Trittin“	6
Grüne Inhalte (in Stichworten)	7
Grüne Forderungen (in Kurzform)	7
Grüne Höhenflüge	10
II. Trittin und der Kommunistische Bund (KB)	11
Die „Kunst“ der Straßenkrawalle – ein Zeitzeuge berichtet	12
Der Kommunistische Bund des Jürgen Trittin	14
III. Ökosozialistische Herrschaft und grüne Ersatzreligion	16
Neue Ersatzreligion – der Geist der „Bilderberger“	17
Antikirchliche Haltung	17
Ökologie als allumfassende Ersatzreligion	18
IV. Grüne Gesinnungsherrschaft	19
Grün-rote Medien	20
Grüne Angststrategie	21
V. Trittin und der grüne Wahn gegen alles, was deutsch ist	22
Trittin und die Deutsche Feindlichkeit der Grünen	22
Trittins Deutschland: „Rassistisch infiziert“	23
VI. Die Moral und die Grünen	25
Die Grünen, die Pädophilie, Cohn-Bendit etc.	25
Wurzeln in der Humanistischen Union	26
Abtreibung: „Mein Bauch gehört mir!“	27
Sprit statt Brot – Hunger statt Mais	28
Trittins Grüne im Genderwahn	29
RAF-Unterstützer Ströbele für Geschwister-Inzest	30
Wunschvorstellung vom „neuen Menschen“	30
VII. Trittins Energiewende – ein Desaster	30
VIII. Grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik – ein Horror	32
Trittin: Ans Geld der Sparer	34
IX. Grüne Doppelmoral: Spenden an die Grünen	34
Zum Schluß	37
Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers	38

Der Autor

Peter Helmes (Peter.Helmes@t-online.de), ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung und Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß, war Mitbegründer der Deutschen Konservativen und arbeitet seit 1996 als freiberuflicher Publizist. Er ist u. a. Träger des „Pour le Mérite Européen“ für seine Verdienste um ein Europa der Vaterländer und der „Lobkowitz--Medaille“ für die Förderung des Mittelstandes.

Helmes lehrte von 1991-2011 als freiberuflicher Dozent am Institut für Verbandsmanagement der Universität Freiburg (CH) und ist Autor von mehr als zwanzig Büchern und Taschenbüchern für die Deutschen Konservativen sowie Chefkorrespondent des Deutschland-Magazins.

VORWORT

Ist der nur ein Räuber Hotzenplotz?

FDP-Chef Rösler nennt ihn „den bösen Räuber Hotzenplotz“ – und meint damit Jürgen Trittin. Das war harmlos. Denn der gerissene Räuber Hotzenplotz klaute – von anderen kleinen Dingen abgesehen – nur der Großmutter die Kaffeemühle, die beim Mahlen so schön die Melodie spielte „Alles neu macht der Mai“.

Trittin will mehr als nur Omas Kaffeemühle. Er will unser Geld, von den Kleinen, den Mittleren und den Großen. Grün-lackierter Sozialismus.

Rainer Brüderle – Spitzenmann der FDP im Bundestagswahlkampf 2013 – nannte Trittin den „Graf Dracula des Mittelstandes“. Das kommt der Sache schon näher. Nur war der wahre Graf Dracula (Vlad Tepes) ganz anders als in den Romanen beschrieben.

Trittin. Einmal Kommunist, immer Kommunist? Schließlich hat er die Politik im KOMMUNISTISCHEN BUND (KB) erlernt. Doch um immer noch Kommunist zu sein – dafür halte ich Jürgen Trittin für zu intelligent. Er glaubt sicherlich nicht mehr an die „Überlegenheit“ des weltweit gescheiterten Kommunismus von Marx, Stalin, Lenin. Aber die Erfahrung meines Lebens hat mich eines gelehrt: Fanatiker bleiben Fanatiker. Die werden durchs Alter nicht anders.

Sehen Sie sich nur einmal an, wenn Trittin lacht. Von Herzlichkeit -keine Spur. Ich glaube, der kann nur zynisch und verkniffen lachen – oder über das Unglück anderer Menschen. Trittin hat in jungen Jahren seine politische Muttermilch im KOMMUNISTISCHEN BUND in sich rein-gesaugt. Mag sein, daß er kein Kommunist geblieben ist. Aber der Fanatismus, die Härte, die Kunst politisch-strategischer und -taktischer Winkelzüge sowie der Indoktrinierung und einige Grundsatz-Ideen aus der „roten Zeit“ – die sind ihm geblieben. Trittin ist ein grün-lackierter Roter.....und brand-gefährlich für Deutschland. Ein harmloser „Räuber Hotzenplotz“ ist er gewiß nicht.

Bislang hat das noch niemand so gut beschrieben wie Peter Helmes in dieser Broschüre "Trittin – die grüne Gefahr". Er schließt damit an seine bisherigen Publikationen über die „grüne Gefahr“ nahtlos an: „Die Grünen – Rote Wölfe im grünem Schafspelz“ und „Die blutigen Ikonen der Grünen“, die jeweils in mehreren Auflagen bei den Deutschen Konservativen erschienen sind.

Joachim Siegerist
Vorsitzender des Vereins
Die Deutschen Konservativen e. V.
Hamburg

I. Das Wichtigste in Kürze

1. „Steckbrief Trittin“

Jürgen Trittin, geboren 25. Juli 1954 in Bremen-Vegesack, hat zwei -jüngere Geschwister. Seine Mutter Helene ist Hausfrau, sein Vater Klaus war Prokurist in der Bremer Tauwerk-Fabrik. Im Zweiten Weltkrieg war Vater Klaus, seit 1942 NSDAP-Mitglied (Mitgliedsnummer 9563639), als Freiwilliger in der Waffen-SS (Mitgliedsnummer 496535), zuletzt im Rang eines SS-Obersturmführers („Kleine Kampftruppe -Trittin“). Nach dem Krieg distanzierte sich der Vater von seiner NS-Vergangenheit und warnte seine Söhne, das dürfe sich nie mehr wiederholen. Die Geschichte seines Vaters hat den jungen Jürgen offenbar sehr geprägt und könnte ein Schlüssel zu seinem Deutschen-Haß sein. Dem folgt, daß Deutschland nach diesem Bild eine zu ewiger Buße verurteilte Nation ist und für sämtliche Verbrechen Hitlers und ihre -Folgen auf ewige Zeit haftbar.

Jürgen Trittin machte 1973 Abitur und begann dann mit dem Wehrdienst – allerdings statt fünfzehn nur sechs Monate, da sein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zunächst abgelehnt wurde. Danach folgte Zivildienst (in einem Heim für schwer Erziehbare).

1975 bis 1981 studierte er Sozialwissenschaften an der Uni Göttingen, damals eine Hochburg der APO und eine „akademische Brutstätte“ für Häuserbesetzer und den „Kampf gegen das System“. Während seines Studiums war Trittin aktives Mitglied des „KB“ (Kommunistischer Bund), eine der radikalsten kommunistischen Organisationen der APO, den er im Fachschaftsrat der Uni vertrat. Er engagierte sich im AStA der Uni Göttingen sowie im Studenten-Parlament. Er wohnte in einem besetzten Haus in Göttingen.

Trittin lebt seit vielen Jahren in Berlin-Pankow mit seiner Lebensgefährtin zusammen, deren Tochter er adoptiert hat. Seine Freundin brachte ihn nach der APO-Zeit (1980) zu den Grünen, die zur damaligen Zeit von einer Gruppe des KB planmäßig unterwandert wurde. Trittin ist Leiter der „Gruppe Z“, die im ganzen Bundesgebiet -diese Unterwanderungen organisierte – wobei die ursprünglich Grünen – wie Baldur Springmann und Herbert Gruhl – zuerst an den Rand, dann ganz rausgedrängt wurden.

1982-84 fungierte Trittin als Geschäftsführer der Göttinger Ratsfraktion der AGIL, der Alternativen-Grünen-Initiativen-Liste. 1985 kam er für die Grünen in den niedersächsischen Landtag und wurde noch im selben Jahr zum Fraktionsvorsitzenden gewählt (1985/86 und -erneut 1988 bis 1990). 1990 berief ihn Ministerpräsident Gerhard Schröder zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Niedersachsens.

1994-98 wurde er (neben Krista Sager bis 1996 und Gunda Röstel bis 98) Sprecher (Vorsitzender) des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen. 1998 holte ihn der neugewählte Bundeskanzler Gerhard Schröder als Bundesumweltminister ins Bundeskabinett. 2005 bis 2009 wurde er stellv. Vorsitzender der Grünen, seit 2009 ist er (neben Renate Künast) Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Grünen und derzeit deren Spitzenkandidat für die Bundestagswahl.

Trittin gehörte stets zum linken Flügel seiner Partei, gilt aber als kompromißfähig. Im politischen Umgang wird er als machtbewußt, hart, polarisierend und arrogant charakterisiert, im privaten Umgang jedoch als freundlich und charmant. Er trinkt gerne ein Glas Rotwein und ist Hobbykoch. Sein oft spöttisch verzogener Mund und sein über die Zuhörer hinweggehender Blick verraten aber vor allem Arroganz und Distanz.

Seine wichtigsten – und bürgerverschreckenden – „Leistungen“ in seiner Zeit als Umweltminister verbinden sich mit Begriffen wie -„Dosenpfand“, „Mülltrennung“, EEG („Erneuerbare Energie-Gesetz“), „Atomausstieg“ usw.

2. Grüne Inhalte (in Stichworten)

Grüne sind Systemveränderer, also echte Gesellschaftsveränderer mit Kampfansage an unsere christlich-abendländischen Werte. Deshalb fordern sie die Infragestellung von Familie und Ehe, Kinder werden zur „Manipulationsmasse“ des Staates. Begriffe wie Fleiß, Verantwortung, Leistung sind „faschistisch“, gehören abgeschafft. Ablehnung des christlichen Glaubens mit Sprüchen wie „Hätt' Maria abgetrieben, wär' Jesus uns erspart geblieben!“ Der neue Götze heißt „Bio“ – für den „neuen Menschen“.

Aus Polizisten werden „Bullen“, aus Deutschland ein „Scheiß-Bullenstaat“. Deutsche Geschichte heißt nur Auschwitz. Deutsche dürfen nicht mehr stolz auf ihr Land sein, müssen deshalb Buße tun, für -alle(s) zahlen und jede Art „Gäste“ im Land aufnehmen. Grüne bestimmen Moral und Kultur und legen fest, was (wer) „politisch korrekt“ ist.

Die Grünen betreiben systematisch die Beschädigung der Natur durch eine wahnsinnige „Energiewende“ – mit Verkabelung, Verspargelung und Verschandelung der schönsten Landschaften und selbst historischer Städte (mit häßlichen Solarplatten). Der Naturschutz bleibt -dabei auf der Strecke. Gefährdung von Landschaft und Arbeitsplätzen durch extrem hohe Energiekosten, die die verhaßte Industrie ins Mark -treffen. Grüne sind autofeindlich, aber – wenn sie es ´mal an die Futtertröge des (verhaßten) Staates geschafft haben – lieben sie wuchtige Staats-Karossen. Man erinnert sich an ihren „großen Führer“ Joschka Fischer, der einmal sagte: „Die wollen nur an die Fleischtöpfe.“ So ist es!

Nach grünem Verständnis ist jeder Mensch gleich. Damit dann auch die Dümmeren noch mitkommen, wird das Schulniveau nach unten gedrückt. Grün als Regierungspartei in ganz Deutschland bedeutet: Deutschland geht kulturell, wirtschaftlich und industriell zurück ins vorvorige Jahrhundert, aber vorwärts zu mehr Multikulti und Entfremdung von unserer nationalen Identität.

Trittin gehört wie viele andere Grüne zu den konsequentesten Verfolgern eines europäischen Superstaates – und damit auch der Abschaffung der Bundesbank. In „Jungle World“ ließ Trittin keinen Zweifel an seiner Haltung:

„Es ist relativ einfach, warum Grüne (...) für Europa sind – schlicht und ergreifend, weil sie keine Nationalisten sind. (...) Die Abkehr von jeglicher Form von Sonderweg in Europa ist eine historische Leistung, die ich mir nicht kaputtreden lasse. Ich bin und bleibe Antifaschist, und für mich ist Linkssein gleichzusetzen mit Anti-Nationalismus, und das ist nicht vereinbar mit Protektionismus.“

Mit seiner starken Neigung zur „Europäisierung“ Deutschlands und zu den Brüsseler Eurokraten frönt Trittin wieder seinem altem Feindbild. Auch in Brüssel ist die Abneigung gegen und die Furcht vor den Deutschen groß. Deutschland steht unter Generalverdacht eines neu heraufziehenden Faschismus. Trittin ist dabei.

3. Grüne Forderungen (in Kurzform)

Es ist keine Frage mehr, wer die Grünen auch heute noch sind und -wofür sie stehen. Sie sind klassisch links und haben bei Lenin gelernt, wie man Tarnen und Täuschen erfolgreich betreibt. Wie glaubwürdig ist eine Partei, die mit sozialistischen Rezepten arbeiten, aber -Stimmen der Bürgerlichen gewinnen will? Die Programme sprechen für sich, das Personal wird jedoch strategisch zur Tarnung vorangeschickt:

Der ehemalige Kommunist Trittin frißt bergeweise weiße Kreide und gibt sich seit zwei, drei Jahren als glühender Marktwirtschaftler und solider Finanzpolitiker, der umsichtig den grünen Zirkus dirigiert und bei Bedarf den Dompteur über unwillige Genossen spielt. Der Stuttgarter OB Fritz Kuhn und Ministerpräsident Winfried Kretschmann agieren als brave Bürgerliche, jedem linken Gedanken abhold. -Claudia Roth darf weiter mitspielen. Verkauft wird die Personalie mit dem -Hinweis, sie halte die Linksaußen bei Laune.

Das Programm der Grünen, erst recht ihr neues Programm zur Bundestagswahl 2013, trägt unübersehbar die Handschrift Trittins. Es ist „sein“ Programm. Da hier nicht der Platz ist, ausführlich über die mehr oder weniger ernstzunehmenden und alarmierenden Forderungen der -Grünen zu berichten, nur einige kurze Beispiele:

„Neue Bürgerlichkeit

Daß Trittins Grüne sich gerne bürgerlich geben, steht in krassem Gegensatz zu ihrem (seinem) Programm. Bei jeder Thematik schießt die Selbstgerechtigkeit der Grünen durch. Sie stehen nicht nur moralisch auf der richtigen Seite, nein, sie sind die Moral schlechthin. Wer nicht so ist und denkt wie sie, ist unmoralisch und nicht gesellschaftsfähig. Die Grünen reklamieren für sich die „neue Bürgerlichkeit“ und -erklären die Anderen für nicht reformfähig und von gestern. Die „neue Bürgerlichkeit“ ist eine linke Gesellschaft. Sie schaffen es, den Eindruck entstehen zu lassen, daß ihr Lebensmodell nicht die Ausnahme, -sondern die neue gesellschaftliche Norm ist. Jeder, der nicht so denkt wie die Grünen, ist nicht (mehr) bürgerlich, sondern reaktionär, „rechts“, aus dem Zeitgeist gefallen. Dies gilt in besonderem Maße auch für die folgende Forderung der Partei Jürgen Trittins:

• Die „Offene Gesellschaft“ – ein Deutschland der Einwanderer

Sie reden uns ein, wir müßten eine „offene Gesellschaft“ sein, offen für alle, die unser Sozialsystem ausnutzen – wiederum zu Lasten der jungen Generation. Komme mir niemand mit Fremdenfeindlichkeit! Hier geht es um Grundfragen unserer Gesellschaftsordnung, die viele unserer „Gäste“ nicht zu akzeptieren bereit sind. Politiker, die die Probleme ignorieren oder wegwischen, gefährden den gesamtgesellschaftlichen Frieden. Oder wollen sie eine andere Republik?

Infolge dessen fordern die Grünen in NRW nun schon zum dritten Mal seit Juni 2010, die Eidesformel des NRW-Landtags abzuändern. Die 68er Gefolgsleute stört der Text, wonach sie „ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen“ sollen. Es müsse überlegt werden, ob damit diejenigen Bürger, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, angemessen berücksichtigt seien“, erklärte hierzu die Parlamentarische Geschäftsführerin der Landtags-Grünen, Sigrid Beer (www.pi-news.net/2013/02/gruene-kein-deutsches-volk-mehr-in-eidesformel-2/)

Die Grünen begründen ihre Forderung nach mehr Integration auf ihrer Webseite u. a. wie folgt:

1. „Deutschland ist ein Einwanderungsland.“
2. „Integration ist ein Prozeß (...) kultureller Selbstbestimmung.“
3. „Vielfalt ist eine Bereicherung.“
4. „Integration fordert nicht die Unterwerfung unter eine, deutsche Leitkultur“.

Hans-Christian Ströbele, vorbestrafter RAF-Verteidiger, forderte bereits 2004 die Streichung eines traditionellen christlichen zugunsten der Einführung eines islamischen Feiertages.

Weitere grüne Forderungen (in Stichworten):

- Schaffung eines EU-Superstaates
- Schaffung einer europäischen Bankenunion, bei der Omas -Sparbuch für die Geldverschwendung etlicher Staaten haftet
- Schaffung eines 200 Milliarden Euro schweren Bankenrettungsfonds, eines

Altschuldentilgungsfonds und Eurobonds mit Haftungsvergemeinschaftung

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes (von 42 auf 49 %) sowie der -Vermögen- und der Einkommensteuer – mit dem Ergebnis, daß Mittelständler mit mehr als 70 Prozent Steuern belastet und viele Familien mit Häuschen in Oberzentrennähe davon erfaßt würden
 - Anhebung der Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge
 - Vermögensabgabe von 10-15 Prozent ab einem Einkommen von 1 Million Euro – rückwirkend zum 1. Januar 2012
 - Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (8,50 Euro)
 - Zu Weihnachten eine 30-Stunden-Woche für junge Familien
 - Anhebung des Kindergeldes von 184 auf 324 Euro
 - Höhere Energiekosten, die gerade die „Kleinen“ besonders -belasten
 - Begrenzung der Mietpreise (führt letztlich zu Wohnungsnot, da -weniger investiert wird)
 - Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung für alle, auch Selbständige etc., unter Anhebung der Beitragspflicht von 3.850 auf 5.600 Euro, was eine erhebliche Mehrbelastung der mittleren Einkommen bedeutet
- Auf dem Weg in die Einheitsgesellschaft: Ob in der Schule -(Gesamtschule, Herabsetzung des Bildungsniveau), in der Integration (Multikulti statt Deutsch) oder im Gesundheitswesen – die „Bürger(zwangs)versicherung“ wird nach einem Gutachten der -Gewerkschaft ver.di rund 100.000 Arbeitsplätze vernichten – usw.: Das Leitbild der Grünen ist eine umfassende staatliche Betreuung und Gleichmacherei, deren Maximen selbstverständlich von den Grünen aufgestellt werden
- Gefährdung der Familie durch konzentrierte Förderung „alternativer Lebensformen“ (Grüne Zentralforderung), auch Ehe zwischen Geschwistern (Aufhebung des Inzestverbots) etc. Zitat: „Der Begriff der Familie wird bei uns in erneuerter Definition verwendet. Im Mittelpunkt der Definition steht die Solidarität untereinander, das Füreinander-Dasein. Dies wollen wir rechtlich mit einem Familien-vertrag absichern und damit die Ehe ersetzen.“ Das ist beste „Frankfurter Schule“ (Marcuse, Adorno, Horkheimer, Habermas etc.)

Auf dem Weg zur „elternlosen Gesellschaft“ ist Deutschland schon weit vorangekommen. Wie haben die grünen und roten Ideologen das so bald erreicht? Ihre Pläne konsequent zu Ende gedacht, bemächtigen sie sich der Möglichkeiten, privates Eigentum zu bilden und nehmen den Eltern zudem die Möglichkeit, familiäre Beziehung zu pflegen. Sie schmälern die wirtschaftliche Basis der Familie und engen sie ein.

- Gender Mainstreaming (Menschen sind von Natur aus gleich und werden nur durch Erziehung zu Mann und Frau etc.)
- Gleichschaltung der Bildungseinrichtungen (Einheitsschule) und
- Absage an eine Leistungsorientierung (Noten) mit der Folge der Absenkung des Leistungsniveaus
- Vorschreiben eines „richtigen“ (gesunden) Lebens, z. B. nicht -rauchen, nicht trinken, fleischlose Tage, Fahrrad statt Auto. Die neue Norm der Grünen, die sie uns verordnen wollen, heißt „Bio“ – das „grüne Gefühl“ als Religionsersatz!
- Streichung des Gottesgebots aus dem Grundgesetz
- Abänderung des kirchlichen Arbeitsrechts zugunsten des DGB
- Entfernung von Kreuzen und Kruzifixen aus allen öffentlichen Räumen.
- Ablehnung des konfessionellen Religionsunterricht in öffentlichen Schulen, aber gleichzeitig Einführung eines „ordentlichen, bekenntnisorientierten“ Religionsunterrichts für muslimische Schüler
- Aufweichung des Tanzverbots an „stillen“ Feiertagen (wie z. B. Karfreitag)
- Verbot von öffentlich zugänglichen Zigaretten-Automaten, aber Freigabe von

Besitz und Herstellung von Cannabis zum Eigenverbrauch

- Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, generell 30 km/h in -Städten

Die Lust am Verbotenen rührt von der Überzeugung der Grünen her, sie alleine hätten die Moral, die ökologische Vernunft und damit die Deutungshoheit über alle Fragen gepachtet. Mit einer Politik des erhobenen Zeigefingers betreiben die Grünen die Umerziehung des Volkes. Damit wird nicht nur der Geist einer freien Gesellschaft erstickt, sondern auch deren wirtschaftliche Dynamik.

4. Grüne Höhenflüge

Warum ist es wichtig, sich mit Tritts Grünen gründlich zu beschäftigen? Geschichte, wissen die Historiker, sollte man sowohl vom Anfang als auch vom Ende her betrachten. Befaßt man sich zum Beispiel mit dem Anfang und der Entwicklung der SPD als ehemaligem Kampfverband der Arbeiter-Klasse, so versteht man leicht, daß sich die Sozialdemokratie zwar zu einer grundsätzlich staatstragenden Partei entwickelt hat, aber auch heute noch in bedeutendem Umfang radikale Elemente umfaßt.

Bei den Grünen wiederum ist es ganz gleich, ob man sie vom Anfang oder vom Ende her sieht. Sie sind damals wie heute im Kern eine gesellschaftsverändernde, ja gesellschaftgefährdende Gruppierung, deren Weg und politische Grundausrichtung sich aus den Wurzeln der 68er marxistisch-leninistischen oder maoistischen Kampf- und -Kadergruppen nährt – mühsam verbrämt durch inzwischen sich bürgerlich gebende und ordentlich gewandete Frontmänner und -frauen. In ihren wesentlichen Zügen haben die Grünen ihre Weltanschauung behalten – eine Mixtur aus Neomarxismus und Naturmystik. Brisant wird dies für unsere Gesellschaft, wenn beide in ihrer Entwicklung so nahe Parteien sich anschicken, die nächste Bundesregierung zu stellen – ein Albtraum, den nur die Konservativen verhindern können.

Die führenden Meinungsforschungsinstitute sagen den Grünen für die Bundestagswahl im September 2013 einen Stimmenanteil zwischen 13 und 15 Prozent voraus. Damit bleiben sie eine Partei der Minderheit, deren elitäre Klientel sich zunehmend aus der oberen Einkommensschicht rekrutiert. Zugespitzt könnte man auch feststellen: Es ist zum Großteil eine Partei der Erbgeneration, die existenzielle Probleme nicht kennt. Daß ein Land wie Baden-Württemberg allmählich zur Hochburg der Grünen mutiert, kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen. Es sind die mittlerweile schon in die Jahre gekommenen Töchter und Söhne der wohlhabenden Bildungsbürger, die dieser Partei zu ihren Erfolgen verhelfen.

Doch merkwürdig: Obgleich die Grünen nach wie vor eine Minorität repräsentieren, entwickelte sich die grüne Ideologie zum Mainstream, zum Leitweg, dem sich auch die anderen Parteien zusehends an-nähern. Und obwohl beinahe jede Koalition mit den Grünen für den größeren Partner – sei es SPD oder CDU – mit einem Substanzverlust endete, bleiben sie für beide Volksparteien begehrte Koalitionspartner.

Unverkennbar ist der Einfluss der Grünen in Politik und Gesellschaft erheblich größer, als es ihre Stimmenanteile vermuten lassen. Die -Gründe hierfür liefert eine kristallklare Analyse von Professor Manfred Güllner. Der Gründer und Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa wundert sich, daß die Grünen – obwohl nie durch eine Mehrheit des Volkes legitimiert – sich anmaßen, ihre Werte und Ziele der gesamten Gesellschaft aufzuzwingen.

In seinem top-aktuellen Buch „Die Grünen – Höhenflug oder Absturz?“ macht der Wissenschaftler vor allem die »grünen Helfershelfer« für den starken politischen und gesellschaftlichen Einfluß dieser Minderheitspartei verantwortlich. »Unter den

Aktivisten der grünen Bewegung waren von Anfang an gesellschaftliche Multiplikatoren aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb überrepräsentiert«, schreibt Güllner. Ganze Heerscharen von grünen Lehrerinnen und Lehrern hätten an deutschen Gymnasien ihre Schüler zum Wählernachwuchs für die angebliche Alternativpartei erzogen.

Eine nicht minder wichtige Rolle spielen die Journalisten, in deren Reihen die Sympathisanten und Mitglieder der Grünen ebenfalls überrepräsentiert sind. Schon im Jahr 2005 neigten über 62 Prozent der Medienschaffenden dem rot-grünen Lager zu. Zwischenzeitlich ist dieser Anteil nach Meinung von Experten auf 70-75 Prozent weitergestiegen. »Bedingt durch die Berichterstattung der Massenmedien wird bei den Politikern der Eindruck erweckt und verstärkt, es gäbe einen durchgängigen grünen Zeitgeist in allen Schichten der Bevölkerung«, stellt Güllner fest.

Zahlreiche Unterstützer haben die Grünen schließlich in Teilen der Wissenschaft und der Kirche. »So wirkte manch Evangelischer Kirchentag wie eine Veranstaltung der Grünen«, schreibt der Autor. Häufig unterschätzt wird ferner der zunehmende Einfluß dieser Partei im öffentlichen Dienst. Fast 30 Prozent aller Beamtinnen im höheren Dienst sympathisieren mit den Grünen oder gehören dieser Partei an. Bei den männlichen Kollegen sind es nur 16 Prozent. Der öffentliche Dienst ist offenkundig eine Jobmaschine für grüne Aktivistinnen.

»Durch ihre administrativen Möglichkeiten verhelfen sie grünen Ideologien zur Realisierung«, schreibt Güllner. Die Ergebnisse sind oft das Gegenteil von bürgernah. Güllner kritisiert Tempo-30-Zonen, die eher zur Schikane der Autofahrer taugen, Fahrradwege, die auf Steuerzahlers Kosten um ihrer selbst willen gebaut wurden, überflüssige Fassadenwettbewerbe und Wohnumfeld-Verschönerungen bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Wohnungsbaus, was in nicht unbeträchtlichem Maße zu der derzeit vielfach feststellbaren Mietpreisexplosion beiträgt.

Vor allem aber ist es den Grünen gelungen, ihre Ideologie als Mainstream zu etablieren und damit den Zeitgeist zu prägen. CDU und SPD näherten sich in den vergangenen Jahren immer weiter grünen Positionen an. Wer sich diesem Mainstream nicht fügt, gilt schnell als reaktionär, verantwortungslos gegenüber künftigen Generationen, frauen- und fremdenfeindlich und irgendwie aus einer anderen Welt, jenseits der Gutmenschen.

Schließlich liefert Güllner noch eine weitere bemerkenswerte Erkenntnis. Er verweist auf den im Jahr 1983 vorgelegten Bericht der vom damaligen Bundespräsidenten Carstens eingesetzten Kommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung. Darin heißt es, die Partei der Grünen sei faktisch mit ihrem Erfolg bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1979 entstanden. Sie habe die Anfänge ihrer Organisation nahezu 100-prozentig auf Staatskosten finanzieren können. Die Entstehungsgeschichte der Grünen stelle somit einen in der Bundesrepublik bisher einmaligen Fall staatlich subventionierter Parteigründung dar.

II. Trittin und der „Kommunistische Bund“ (KB)

Die Person und den Politiker Jürgen Trittin kann man nur verstehen, wenn man sein Bild von seinem „SS-Vater“ berücksichtigt, das den jungen Jürgen wohl sehr geprägt hat, und seine Vergangenheit im KB kennt. Kein Zweifel, der KB war dem jungen Trittin Heimat und politische Familie. Bekanntlich wird man gerade in jungen Erwachsenen-Jahren in seinen Einstellungen und Überzeugungen fürs ganze Leben entscheidend geprägt. Es war die Zeit großer Radikalisierung und des Extremismus. Die APO hatte den „Marsch durch die Institutionen“ -angetreten und wichtige, aber verheerende Etappen erreicht:

Es ist die Zeit der Unterwanderung vieler gesellschaftlicher Schichten, der Universitäten und Schulen. Es ist die Zeit der Anti-AKW-Demos (Atomkraftwerke) mit blutigen Schlachten zwischen Polizei und -Studenten, die mit „Wackersdorf“ anfangen und viele Opfer auf Seiten unschuldiger Polizisten zu verzeichnen hatten. Es ist die Zeit der -Morde der RAF, für die Namen stehen wie Hanns-Martin Schleyer (Arbeitgeber-Präsident), Jürgen Ponto (Dresdner Bank), Alfred Herrhausen (Deutsche Bank), Generalbundesanwalt Buback und viele ihrer -Sicherheitsbegleiter, „Mogadischu“ – die Befreiung der von der RAF entführten Lufthansa-Maschine usw.

Das waren die entscheidenden Jahre in der Entwicklung des jungen Mannes Jürgen Trittin. In diesem Umfeld wurde er „sozialisiert“, und hier hat er eine führende Rolle gespielt, von der er sich zu distanzieren bis heute ablehnt. Der Mann kommt jetzt in feinem Zwirn daher, gibt sich bürgerlich und redet staatsmännisch. Aber glaubt jemand ernsthaft, daß er seine alten Überzeugungen, die ihm damals eingebläut wurden, überwunden hat? Nicht von ungefähr ist er heute der strategische Kopf der Grünen. Strategisches Denken und die Methoden der Gehirnwäsche lernt man am besten bei den Kommunisten, also auch beim KB.

„...Unser Ziel ist, den globalen Bürger umzuformen und ihm eine neue Ideologie einzupflanzen. Das Ziel ist aber erst erreicht, wenn dieser Vorgang durch nichts mehr rückgängig gemacht werden kann – selbst dann nicht, wenn man diesen neuen Bürgern mit logischen Argumenten (von der Wahrheit) zu überzeugen versucht...“

(aus: „Die Kunst der Gehirnwäsche“, Moskau)

In einem anderen Kapitel dieses Buches heißt es sinngemäß, daß die „subtile, heimtückische und unterschwellige Umerziehung bzw. Gehirnwäsche der Massen“ durch die „absolute Kontrolle der Medien, der Nahrungsmittel, der Energie (hört, hört!), der Finanz-, Pharma- und Elektronik-Industrie“ erfolgt.

Die „Kunst“ der Straßenkrawalle – Ein Zeitzeuge berichtet

Im KB, der zuerst maoistisch, dann aber ganz leninistisch geprägt war, konnte man nicht nur die Methodik der Gehirnwäsche, sondern auch die „Kunst der Straßenkrawalle“ kennenlernen, die der KB nach Zeitzeugen „vorbildhaft“ für andere K-Gruppen anwandte. Trittin hätte also durchaus Gelegenheit gehabt zu wissen, wie man Straßenkrawalle organisiert. (siehe auch Zitat Elsässer nächste Seite)

Das Agieren und Reagieren der (straff organisierten) Demonstranten war keineswegs „spontan“ und unkoordiniert, wie manche es darstellen wollten. Alles wurde und wird inszeniert und läuft nach „Regieanweisungen“. So lernen die Extremisten z. B. schon sehr bald, sich sozusagen bühnenreif zu verhalten, sobald die Polizei eingreift: Einstudiertes Hinfallen, entsetzlich aussehende Verrenkungen, Weinkrämpfe, Hilferufe und laute Schreie – all diese Instrumente haben sie „drauf“. Die Folge: Den Beobachtern, insbesondere aus den Reihen der Medien, wird ein „brutales Vorgehen der Polizei“ vorgegaukelt, was zur allgemeinen Empörung Unbeteiligter führen soll und tatsächlich führt.

Noch als Minister in Niedersachsen hielt Trittin Kontakt zu gewaltbereiten Extremisten. Ein Photo, das die Bild-Zeitung am 29. Januar 2001 veröffentlichte, zeigt Minister Trittin, umringt von Autonomen, die bis zu den Augenschlitzen schwarz verhüllt waren. Was aber macht ein veritabler Landesminister, der einen Amtseid geleistet hat, inmitten von Menschen, die sich offensichtlich über das Ver-mummungsverbot hinwegsetzen?

Ein Aktenvermerk des niedersächsischen LKA (Landeskriminalamt) aus dem Jahr 1993 enthüllt: Im Mai dieses Jahres hatte ein Observationsteam Trittin bei einem Treffen mit Aktivisten der linksradikalen Göttinger „Antifa M“ photographiert. Kurz darauf meldete „Focus“: „Die Top-Kader der linksradikalen Clique – 17 von ihnen

wurden später wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt – -saßen jeden Mittwoch in einem Büro der Grünen und heckten dort oft Randal-Strategien aus.“

Demnach wollte die Staatsanwaltschaft Celle damals sogar Ermittlungen gegen Trittin wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ einleiten. Focus: „Die Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder blockte das geplante Verfahren indes rigoros ab – Trittin war zu der Zeit Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten.“

Zeitzeuge Jürgen Elsässer, Journalist (Chefredakteur von „compact“) und selbst früheres KB-Mitglied, der sich im Gegensatz zu Trittin längst von der „alten Zeit“ abgewandt und für seine Vergangenheit entschuldigt hat, schreibt hierzu:

„...Die Achse Schröder-Trittin funktionierte auch in der Bundesregierung, als die Diskussion im Januar 2001 wieder losging. In einer Fragestunde des Bundestages sagte der zuständige Staatssekretär Fritz-Rudolf Körper (SPD), dem Verfassungsschutz lägen keine -Erkenntnisse über Trittins politische Aktivitäten in den 70er Jahren vor. Ein Staatsschützer amüsiert sich: ‘Da gibt’s doch jede Menge‘.

Diese Einschätzung kann ich aus eigener Erfahrung -bestätigen. Denn in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gehörte ich, ebenso wie Trittin, dem Kommunistischen Bund (KB) an. Während ich aber bei der eher unbedeutenden Sympathisantenzelle in Freiburg im Breisgau herumwerkeltete, lernte Trittin sein politisches Handwerkszeug bei einer der stärksten KB-Ortsgruppen in Göttingen...“

Mit Knüppeln und Spitzhacken gegen Polizisten

Elsässer schildert auch die Brutalität der Göttinger KB-Gruppe, der Trittin angehörte, und -anderer KB-Truppen bei Anti-AKW--Demonstrationen:

„In allen Ortsgruppen zwischen Flensburg und Freiburg mußten wir Anti-Atom-Bürgerinitiativen infiltrieren oder selbst solche aufbauen. Schon bei der zweiten Brokdorf-Großdemonstration am 19. Februar 1977 zog der KB die Fäden. Vier Wochen später wurde in Grohnde der Übergang zur Offensive geprobt: Die 20.000 Atomkraft-Gegner, die sich auf den Weg zum Bauplatz machten, wurden verstärkt von einigen sehr disziplinierten Hundertschaften des KB. Der „Spiegel“ -berichtet:

„Uniformiert mit gelbem Ölzeug, das Kennzeichen ihrer Einheit auf dem Rücken, Plastik- oder Stahlhelm auf dem Kopf, Gasmasken, zumindest Taucher- oder Schwimmbrille vor dem Gesicht, Schutzschilde aus Holz, Plastik- oder Mülltonnendeckel in der einen, Knüppel, Spitzhacken, Beutel mit Steinen oder nur ein Walkie-Talkie in der anderen Hand, rückten sie gegen das Objekt vor.“

Elsässer weiter: „Während die Autonomen sich ansonsten mit der Polizei individuelle Scharmützel geliefert hatten, ging der KB organisierter vor: Die Demonstration machte an der Polizeisperre diszipliniert halt und forderte dann – in Umkehrung der üblichen Prozedur – die Beamten zur Räumung auf. Als diese der dritten Aufforderung nicht folgten, rückten die kampferprobtesten KB-Einheiten vor und knüppelten die Uniformträger in die Flucht, der Weg zum Baugelände war frei. Der damalige niedersächsische CDU-Innenminister Rötger Groß war geschockt: ‘Ein Ereignis von solcher Brutalität war in der Bundesrepublik bisher nicht bekannt.’ Selbst in der linken Szene stieß die bürgerkriegsähnliche Militanz anschließend auf Kritik, von den -Bürgerinitiativen ganz zu schweigen.

Im KB jedoch wurde die Aktion groß gefeiert – und es war allen klar, wem der Ruhm gebührte: der Göttinger Ortsgruppe. Von dort aus -waren die Vorbereitungen...koordiniert worden. Es ist schwer vorstellbar, daß Jürgen Trittin an

diesem Krawall nicht beteiligt war...“

Soweit der erschütternde Bericht des Zeitzeugen Elsässer, dem nichts hinzuzufügen ist.

Als Trittin zufällig den Sohn des ermordeten Buback trifft, findet er kein Wort des Mitleids. Er „habe sich für nichts zu entschuldigen.“ Erst im Jahre 2001 quält er sich ein „Es tut mir leid für die Angehörigen“ ab – voilà, der Zynist Trittin.

Einen kleinen Einblick in die Leninsche Taktik bietet auch die Beobachtung der Haltung der Grünen in Verteidigungs- und NATO-Fragen. Bis in die 1980er Jahre war ihre Haltung geprägt von einer Fundamental-Opposition gegen den „kapitalistischen Westen und die imperialistische NATO“, was die APO oft genug durch Krawalle, Steineschlachten, Demonstrationen und Besetzungen unterlegte. Die USA waren der Erzfeind, das Scheusal schlechthin. Als die Chance winkte, aus dem Oppositionskorsett ausbrechen und Regierungspartei werden zu können, schwenkten die Grünen immer mehr und immer schneller auf Westkurs um. Der urgrüne Joschka Fischer war der entscheidende Vorkämpfer dieses Opportunismus, der für die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr warb und die USA fürderhin hofierte. Legendär ist sein noch immer freundschaftliches Verhältnis zu Madeleine Albright, der seinerzeitigen US-Außenministerin. Auch Jürgen Trittin machte die gleiche „Entwicklung“ durch und kämpfte verbissen – gegen Widerstand in den eigenen Reihen – für den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan.

Der Kommunistische Bund (KB) des Jürgen Trittin:

Der KB (nicht zu verwechseln mit dem KBW) wird zu den sogenannten „K-Gruppen“ gezählt, war zunächst maoistisch orientiert, dann Moskau-hörig, und zählte in den APO-Jahren zu den stärksten linksradikalen Gruppen. Der KB hatte im Vergleich zu den vielen anderen kommunistischen Gruppen ein besonderes politisches Alleinstellungsmerkmal:

Einen Haß auf alles Nationale generell und einen außergewöhnlichen Haß auf alles Deutsche im Besonderen. Nach der Grundüberzeugung des KB ist der „Faschismus“ ein Teil der deutschen Natur. (Logischerweise trat bzw. tritt Trittin vehement für die Einführung des Euro und die Abschaffung der Bundesbank ein.)

Folgendes Zitat wird dem italienischen Schriftsteller Ignazio Silone zugeschrieben:

„Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Anti-Faschismus...“ Folglich erklärt auch Trittin selbst: „Ich bin Anifaschist!“ Und wie!

Die kommunistischen Splitterparteien und -Gruppen, die Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre vorwiegend aus dem Rudi Dutschke-Studentenbund „SDS“ hervorgegangen waren, werden insgesamt als „K-Gruppen“ bezeichnet. Die programmatischen Unterschiede darzustellen, fällt selbst Eingeweihten schwer.

Alle einte jedenfalls der Kampf gegen „das System“ – gemeint war die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Zu den wichtigsten K-Gruppen zählten neben dem „Kommunistischen Bund“ (KB) die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)“, die „Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO)“, der „Kommunistische Bund (KB)“ mit Schwerpunkten in Norddeutschland (Ulla Jelpke u.a.), der „Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW)“ und der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD)“ – allesamt Wurzeln der von links kommenden Grünen.

Als um das Jahr 1980 herum die Parteibewegung der Grünen entstand, erhielt sie

insbesondere Zulauf einerseits der „grün-bewegten“ Naturbewahrer, andererseits und besonders von Aktivisten der sich auflösenden K-Gruppen. Dies führte bei den Grünen zu zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen zwischen „Fundis“ (Trittin) und „Realos“ (J. Fischer). Nichtsdestotrotz gelang vielen ehemaligen K-Gruppen-Kadern ein zum Teil sensationell steiler Aufstieg in politische und -gesellschaftliche Positionen unseres Staates. Diese Radikalinskis haben ihre ideologische Vergangenheit gewiß nicht an der Garderobe abgegeben. Deren „Geist steht links“ und bleibt es wohl auch.

Aus (vorgegebenen) „strategischen Gründen“ hatte sich der KB (im Gegensatz zum KBW) nie eine Art Parteiprogramm gegeben, um flexibel zu bleiben. Sie wollten sich nicht auf Formeln festlegen lassen, wie es damals hieß. Das Kernprogramm war quasi vorformuliert: Kampf z. B. gegen „die fortschreitende Faschisierung von Staat und Gesellschaft in der BRD“. Eine Verherrlichung der Sowjetunion und die Verteidigung der DDR grenzte den KB von vielen anderen Links-Gruppen ab, von denen viele (vor allem die Maoisten) für die deutsche Einheit einstanden. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der DDR war dem KB sozusagen der ideologische Boden entzogen. Er löste sich 1991 auf.

Dem KB ist eine tiefgreifende Unterwanderung der Grünen gelungen, was manche ihrer heutigen Ziele erklärt. Viele ehemalige KB-Funktionäre waren und sind erfolgreich in die Partei Die Grünen eingedrungen. Wenn man auch noch den Einfluß der Grünen-Mitglieder hinzurechnet, die aus dem ebenfalls radikalen KBW kamen (z. B. Michael Sommer, DGB; Winfried Kretschmann, Ministerpräsident), wird deutlich, welcher kommunistische Treibsatz die Basis der grünen -Ideologie bildet.

(Anm. d. Verf.: Mehr Informationen finden Sie in „Die Grünen – Rote Wölfe im grünen Schafspelz“, 7. Auflage, und „Die blutigen Ikonen der Grünen“, 2. Auflage. -Herausgeber: Die Deutschen Konservativen e.V., Hamburg)

Jürgen Trittin, Claudia Roth, Cem Özdemir, Renate Künast und Katrin Göring-Eckardt – so heißen die führenden Politiker dieser Partei. Eindeutiger Frontmann und Beherrscher der grünen Szene ist jedoch Jürgen Trittin, ein mit allen Wassern leninistischer Indoktrination gewaschener Ex-Kommunist und APO-Aktivist. Er bestimmt die Richtung und die Ziele der grünen Truppe auf dem Weg zu einem -neuen Staat und zu dem „neuen Menschen“. Höchste Zeit, uns mit ihm und seinen Grünen zu beschäftigen. Der (ehemalige) Kommunist und Fundamentalist („Fundis“) strebt nun das Amt des Bundesfinanz- oder Wirtschaftsminister an. Deutschland muß sehr bald umdenken; denn Trittin will umlenken:

„Jürgen Trittin hat aus der grünen Partei eine rote gemacht, und kaum jemand wagt, dagegen aufzubegehren. (...) Aber von der Idee, als Gegenpol zu den beiden sozialdemokratischen Volksparteien zu wirken, ist die Partei so weit entfernt wie noch nie. Sie hat dem Land nichts mehr zu bieten als Bevormundung und Selbstgerechtigkeit...“, schreibt „welt.de“ am 29. März 2013.

„Die Zeit“ (21.3.13) hingegen behauptet: „...Die Grünen wollen die Sozialdemokraten nicht länger ergänzen – sie wollen sie ersetzen. (...) Die Wähler wachsen der SPD davon. Im 150. Jahr ihrer Existenz hat sie keine Idee mehr davon, wo es für sie hingehet. Die Grünen haben eine: Nachhaltigkeit auf allen Ebenen, von der Tierhaltung bis zur Bügerversicherung...“

Vermutlich haben beide Zeitungen recht.

III. Ökosozialistische Herrschaft und grüne Ersatzreligion

Noch aus seiner Zeit als Umweltminister waren – und sind auch heute noch – die verheerenden Forderungen Trittins zum vorgeblichen „Schutz der Umwelt“ ein Fanal. Sein Lieblingsthema begleitet ihn auch heute noch – und treibt uns den Angstschweiß auf die Stirn und den Staat letztlich in den Ruin. Was will Trittin wirklich?

Ökosozialistische Herrschaft

Kein anderes Thema beherrscht die politische Debatte und vor allem die Berichterstattung der Medien in den letzten drei Jahrzehnten so sehr wie der Umweltschutz. Tagtäglich wird der verschreckte Bürger daran erinnert, daß unserem Planeten jede Menge „Katastrophen“ drohen, allen voran die „Klimakatastrophe“. („Waldsterben“, „Ozonloch“ und „neue Eiszeit“ hatten wir schon.) Was weder Bürger noch (kritische??) Medien merken: Der „grünen“ Politik liegen nicht nur -saubere ökologische Absichten zugrunde, sondern rein ideologische Motive, die darauf gerichtet sind, die marktwirtschaftliche Ordnung der westlichen Staaten in Frage zu stellen und letztlich in den Ruin zu treiben sowie zugleich die christlich-abendländische Kultur zu gefährden. Es ist wie beim Sozialismus: Der einzelne ist nichts mehr, es gilt das Kollektiv. Und kollektiv werden „Kontingente“ festgelegt; selbst die Luft zum Atmen ist nicht mehr frei. Der Mensch wird als Krankheit unseres Planeten betrachtet, da er nur „zerstört“. „Offen gesagt, wir könnten zu dem Punkt gelangen, an dem der einzige Weg, die Erde zu retten, der Kollaps der industriellen Zivilisation wäre“, -erklärte Maurice Strong, Organisator der Konferenz von Rio zum weltweiten Umweltschutz und erster Chef des UN-Umweltprogramms.

Nach der – natürlich so nicht geäußerten – Ansicht der Zeitgeistigen sollte anstelle der Marktwirtschaft ein globaler, zentral gesteuerter Umverteilungsstaat treten, der von einer zur Weltregierung ausgebauten UNO planwirtschaftlich kontrolliert wird. Die untergegangene UdSSR läßt grüßen! Der „Kalte Krieg“ ist tot, wir brauchen einen globalen Ersatz – den „Klima-Krieg“.

Es ist eine internationalistische Strategie – und gleicht der der Kommunisten von einst: An die Stelle der marktwirtschaftlichen Freiheit soll ein globaler Interventions- und Umverteilungsstaat – ähnlich dem der untergegangenen Sowjetunion – treten, der von einer zur Weltregierung ausgebauten UNO planwirtschaftlich kontrolliert wird. Die Nationalstaaten müssen sich diesem überstaatlichen Gebilde unterordnen und werden letztlich verschwinden. Wir befinden uns damit auf dem Weg in eine ökosozialistische Diktatur, die jedem einzelnen vorschreiben will, wie er zu leben und zu arbeiten hat. Unter dem Deckmantel des „Klima- und Umweltschutzes“ drohen die größte Umverteilung von Wohlstand in der Geschichte der Menschheit und eine „Neue Weltordnung“, die die Freiheit des Einzelnen nach den Prinzipien des Sozialismus massiv beschränken wird. Jacques Chirac, der ehemalige französische Präsident, hat es schon früh erkannt: „Kyoto stellt die erste Komponente einer echten Weltregierung dar.“ Und der ehemalige konservative tschechische Präsident Vaclav Klaus ergänzt sehr deutlich: „Es ist sicher, daß dieser Umwelt-Aktionismus die -moderne Inkarnation des Kommunismus ist.“ Die Vertreter dieses Aktionismus versuchen, uns umzuerziehen zu einem richtigen „ökologischen Bewußtsein“.

Es gibt eine überraschende Zeugin für diese Behauptung: Jutta Ditfurth, die einstige und immer noch linkslastige Vorsitzende der Grünen: „Alle Kämpfe, die wir führen, sind immer Kämpfe um das Bewußtsein von Menschen.“ Deutlicher geht's nicht. So verkommt der ursprüngliche „Öko-Idealismus“ zusehends zu einem „Öko-Imperialismus“: Der vorgegebene „Umweltschutz“ wird zur radikalen Ideologie. Und das alles unter dem frommen Siegel der „Bewahrung der Natur“.

Neue Ersatz-Religion – der Geist der „Bilderberger“

Ein Ergebnis der „grünen“ Zeitgeistverlotterung – bestehend aus völliger sexueller Freizügigkeit, gepaart mit dem Phänomen von immer mehr Alleinerziehenden (weil die Ehen gescheitert sind), steigender Berufstätigkeit und gleichzeitig sinkender Geburtenrate von Frauen: Diese unselige Kombination läutet den Niedergang des christlichen Europas ein. Die moralische Schwächung durch die Ziele der 68er Generation, unter anderem auch durch die Ablehnung der Familie und der Nation (des Vaterlands), trägt zur Schwächung des christlichen Europas viel mehr bei als ein paar radikale Islamisten.

Die 68er suchen eine Generation des Wertepluralismus und des Werterelativismus zu schaffen, indem sie diesen Relativismus mit diktatorischer Dominanz als die alleinseligmachende neue Ideologie z. B. in der Familien- und Bildungspolitik verankern wollen. Ziel ist die Umwertung aller bisher seit mehr als 2000 Jahren gültigen Werte. (Beobachten Sie einmal Jürgen Trittin, mit welcher Härte und Verbissenheit er Dominanz in der politischen Auseinandersetzung zeigt!) Hier sollen die Wurzeln unserer Gesellschaft beschnitten und nicht beflügelt werden.

So läßt Trittin (z. B. beim jüngsten Bundeskongreß des Verbandes der Familienunternehmer) eine fundamentale Gleichgültigkeit gegenüber dem Wert des Mittelstandes – der tragenden Säule unseres Staates – erkennen. Gerade die Familienunternehmen stehen für Deutschlands Erfolg in der Welt. Sind sie vielleicht deshalb dem grünen Frontmann verdächtig? Mit „Privat“ hat Trittin wenig am Hut. Er setzt auf den Lenkungsstaat. Warum wohl? Seine und die Staatshaltung der Grünen basieren nicht auf Verringerung, sondern auf Steigerung der Staatstätigkeit.

Die Aushöhlung unseres bisherigen Staatsverständnisses, der Versuch der Beseitigung christlich-abendländischer Werte – das sind Kerngedanken grüner Ideologie.

Derart um die eigene christlich-europäische Identität gebracht, wird Europa jegliche Widerstandskraft gegenüber Angriffen von außen verlieren. Was der Kommunismus/Sozialismus mit seiner Indoktrination nicht geschafft hat, wollen rot-grüne Ideologen wie Trittin, Cohn-Bendit, Claudia Roth etc. unter anderem via Europa-Gesetze nachholen: Untergraben der Heiligen Ehe, Untergraben von -Autoritäten, Untergraben von jahrtausendealten Wertemustern, -Diffamieren der Vollzeitmütter-Rolle, usw. usf.

Antikirchliche Haltung

Der Versuch Trittins, seine Partei mit den Personalien Göring-Eckardt (EKD) und Kretschmann (ZK d. Dtsch. Katholiken) als offen für unsere christliche Werteüberzeugung hinzustellen, ist allzu durchsichtig. Die Wirklichkeit sieht anders aus:

„Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU wirft den Grünen eine antikirchliche Haltung vor. Das geht aus einem „Faktencheck“ hervor, den der Zusammenschluss der Protestanten in der Union am 6. Mai zur Bundestagswahl am 22. September veröffentlichte. Darin geht der EAK in fünf Punkten auf die Positionen der Grünen zum christlichen Feiertagsschutz, zu den christlichen Symbolen, zum Religionsunterricht, der Kirchensteuer und der Partnerschaft von Kirche und Staat ein.

Mit Blick auf den Feiertagsschutz heißt es, die Grünen stünden für „die Relativierung und Aushöhlung der christlichen Feiertagskultur“. Bereits 2004 habe der damalige stellv. Fraktionsvorsitzende der Grünen, Hans-Christian Ströbele, für die Streichung eines traditionellen christlichen Feiertages zugunsten der Einführung eines

islamischen plädiert.

Auch das Eintreten der Grünen in Bremen, Frankfurt u.a. für eine Aufweichung des Tanzverbotes an „stillen“ Feiertagen wie Karfreitag sei irritierend: „Die Grünen gefährden mit dieser Beliebigkeit und Indifferenz gegenüber dem Geist der christlich geprägten Feiertage nicht zuletzt auch die gemeinschaftliche Grundlage unseres gesetzlichen religiösen Feiertagsschutzes selbst.“

Ebenfalls habe die Partei immer wieder gefordert, Kreuze oder Kruzifixe aus öffentlichen Räumen zu entfernen. Dabei entwickelten sie -einen „fast missionarisch zu bezeichnenden Eifer“.

Ähnlich wie bei der Frage des christlich geprägten gesetzlichen -Feiertagsschutzes versuchten die Grünen, nicht nur die besondere Prägekraft des Christentums für die Kultur in diesem Land zu leugnen oder herunterzuspielen. Sie offenbarten „entgegen ihrem stetig -vorgetragenen multikulturellen Toleranzappell eine tiefsitzende Haltung der Intoleranz gegenüber den eigenen historisch-kulturellen Traditionen und religiös-ethischen (d. h. jüdisch-christlichen) Wertequellen“.

Ablehnend stehe die Partei auch dem konfessionellen Religionsunterricht gegenüber, während sie gleichzeitig die Einführung eines ordentlichen, bekenntnisorientierten Religionsunterrichts für muslimische Schüler fordere.

Soweit (in Auszügen) der Evang. Arbeitskreis (nach einer Meldung von „idea“, März 2013). Die unverhohlenen antichristliche Haltung der Grünen hat -natürlich eine besondere Grundlage: In den Mittelpunkt ihres neuen Weltbildes haben sie die Ökologie gerückt – ein Begriff, hinter dem sie ihre wahren Absichten bestens bemänteln können. Das wird deutlich, wenn man untersucht, was die Grünen unter Ökologie, -deren wichtigster Interpret Jürgen Trittin ist, verstehen:

Ökologie als allumfassende Ersatzreligion

Die Ökologie ist fürderhin nicht mehr eine unter vielen Herausforderungen der Politik, sondern mit der Frage der Ökologie werden zugleich auch alle anderen politischen Fragen gelöst. Schließlich erscheint uns die Ökologie als neue, als Ersatz-Religion. Einige wenige Auserwählte bestimmen letztlich, was gut für die Menschen, was gut für die Welt ist. Ziel ist es, möglichst schnell die Macht über die Welt zu erlangen – und das oft ohne jegliche direkte demokratische Legitimation.

Beleidigung des Schöpfers

Dr. Wolfgang Thüne, Philosoph und Dipl. Meteorologe, schreibt dazu: „Die globale Ethik erhebt sich über alles: über die nationale Souveränität, über die Autorität der Eltern und Erzieher, selbst über die Lehre der großen Religionen. Sie überschreitet und mißachtet jede legitime Hierarchie – genau wie in einer Diktatur (...) Die (christliche) Schöpfungsgeschichte wird in der modernen, aufgeklärten Welt als überholt, ja erwiesenermaßen als wissenschaftlich unhaltbar angesehen. Jede Erhöhung der „Treibhausgase“ z. B. schädige das natürliche vorindustrielle „Wetter- und Klimagleichgewicht“ und müsse daher -kategorisch unterbunden werden.

Hieraus bastelte die internationale Öko-Bewegung die Parole „Klimaschutz ist Schöpfungsschutz“. Und Thüne fügt hinzu:

„Es war aber Gott, der den Gedanken der Nachhaltigkeit in die Welt setzte, nicht die grüne Bewegung, die sich zur Rettung der Welt berufen fühlt und die Weltherrschaft anstrebt.“ Es ist also nicht Trittin, der den „Schöpfungsschutz“ für sich reklamieren darf!

Die Grünen stehen unübersehbar für einen starken Weltanschauungsstaat, der – so die aus der Kirche ausgetretene „Katholikin“ Claudia Roth – die „Würde der schwullesbischen Liebe“ zum Leitparagrafen eines grünen Grundgesetzes erklärt und der Kirchenvertreter nur dann wertschätzt, wenn sie ein moralisches Mäntelchen für das grüne Grundsatzprogramm liefern.

IV. Grüne Gesinnungsherrschaft

„Längst haben wir in Deutschland eine Gesinnungs- und Meinungsherrschaft nach DDR-Muster. Sprechverbote und Tabus, die von Grünen zu Hauf vorgelegt werden, bestimmen den öffentlichen -Diskurs. „Gutmenschen“ denunzieren Menschen, die nicht ihrer Meinung sind, meist als Revanchisten und Reaktionäre. Dank ihres außerordentlich erfolgreichen Marsches durch die Institutionen, den sie nach dem Scheitern ihrer „Revolution“ Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts propagierten, haben sich die Kader der Rotgrünen in zentrale Schlüsselpositionen von Medien und Politik eingenistet und besetzen dort längst leitende Funktionen. Moderater zwar als ihre Vorbilder Stalin, Mao und Ulbricht, aber nichtdestotrotz genauso effizient kontrollieren sie seit Anfang der 80er Jahre zunehmend die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung. Damit haben Sie de facto die Macht im Staat. Zunehmend bauen sie ihre Machtbasen aus und sind dazu übergegangen, eine richtiggehende grün-rote Hexenjagd auf Andersdenkende zu eröffnen. Zunehmend haben sie grundlegende Rechte unseres Grundgesetzes außer Kraft gesetzt oder derart verwässert, daß sie nicht mehr wiederzuerkennen sind.

Diese Rechte sind heute immer weniger oder nur noch rudimentär gewährleistet. Wer etwa auf die von den Rotgrünen initiierte Islamisierung Deutschlands hinweist, wird von Medien unisono als Islamhasser gebrandmarkt. Die zahlreichen Argumente der Islamkritiker zählen dabei nicht: Ausschlaggebend allein ist deren „falsche“-Gesinnung. Gegner der vom Großteil der Deutschen nicht -gewünschten Moscheebauten werden als „Rassisten“ oder „Ausländerfeinde“ hingestellt.

Sobald eine Person es wagt, vom ungeschriebenen Meinungsmonopol abzuweichen, ist sie praktisch vogelfrei und wird zivilgesellschaftlich zur persona non grata abgestempelt. Wer sich dem linksgrünen Mainstream widersetzt, gerät unter Beschuß, wird an den medialen Pranger gestellt und in der Folge oft seiner ökonomischen Existenz beraubt. Die Namen Eva Hermann und Thilo Sarrazin stehen stellvertretend für diese Zeitgeist-Praxis“, schreibt Michael Mannheimer in seinem gleichnamigen Blog.

Meinungsvielfalt erstickt im Würgegriff einer „Political Correctness“ – der (vor allem) grüne Versuch, die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit auszuhebeln. Beinahe täglich werden neue Tabus erfunden. Grüne versuchen (mit einigem Erfolg), den Bürger zu dressieren – unter kräftiger Mithilfe geneigter Medien. Die Medien -unseres Landes sind überwiegend grün, die Grünen sitzen in den -Medien.

Offener Rechtsbruch (z. B. Sitzblockaden bei Castortransporten) wird zur Widerstandshandlung hochstilisiert und von der Journaille wie ein Sieg über das Establishment gefeiert. Das ist die Saat, die u. a. -Trittin mit seinen KB-Freunden gesät hat. Und so ist es nur logisch, daß er sich gerne zu den „Widerstandskämpfern“ gesellt hat. Man feiert sich für einen quasireligiösen, sektiererischen Lebensstil, den die Grünen am liebsten allgemeinverbindlich einführen würden.

Grün-rote Medien

Gehören Sie auch zu den Menschen, die regelmäßig eine „Presseschau“ im Radio hören? Ich höre nahezu jeden Morgen diese „Quotes“ beim Deutschlandfunk (DLF) und beim SWR. Dabei stört mich schon viele Jahre die einseitige Bevorzugung bestimmter Medien. Und wenn es stimmt, daß sechzig (!) Prozent der Führungskräfte unseres -Landes um 7.05 Uhr morgens die Presseschau des DLF hören, wird es bedenklich.

Der Reihe nach: Deutschland ist immer noch reich an gedruckten -Medien. Ob es ein Vergnügen ist, täglich den politischen Teil unserer Zeitungen zu lesen, steht auf einem anderen Blatt. Nicht zu vergessen, daß viele Tageszeitungen zu ganz bestimmten Pools gehören; allein jede zehnte Tagespostille gehört zum SPD-Umfeld. Und getreu dem rheinischen Klüngel-Motto „man kennt sich, man versteht sich, man hilft sich“ unterstützen sich die linken Genossen gegenseitig – im Kampf „gegen rechts“, versteht sich.

Zurück zur Presseschau: Es ist schon interessant zu sehen, welche Medien da zu Wort kommen. Als unbedarfter Bürger könnte man -meinen, daß eine Zeitung entsprechend ihrer Auflagenhöhe bzw. Reichweite berücksichtigt wird. Mitnichten! Auffallend ist die Bevorzugung linker Gazetten. Offensichtlich nach der Devise „gemeinsam werden wir es schaffen“ werden in den Presseschauen mit Vorliebe diejenigen Postillen zitiert, die einen gemeinsamen (linken) Geist vertreten. -Konservativ-liberale Druckwerke sind eher selten und schnell -erkennbar als Alibi-Quotes. Dazu gehört die FAZ, weil man an ihr wegen ihrer internationalen Bedeutung nicht vorbeikommt. Aber schon bei der WELT wird es dünn, sie wird seltener zitiert. Und ganz gewiß geht es bei den Presseschauen nicht nach der Auflagenhöhe. Ausgerechnet die mickrigsten linken Blättchen Frankfurter Rundschau und TAZ – die „Prawda“ der linksgrünen Schickeria (Mitbegründer Ströbele) –, die an Schwundsucht leiden, werden am häufigsten zitiert. Das hindert aber die geneigte öffentlich-rechtliche Journaille überhaupt nicht daran, -nahezu täglich diese beiden Schrumpf-Medien den erstaunten Hörern als meinungsbildende Druckwerke ans Ohr zu drücken. (Bei den -Wochenblättern ist es keineswegs besser, eher noch linker – „Stern“ und „Zeit“ sei Dank.)

Kaum ein Tag vergeht ohne Zitate von Artikeln aus FR oder TAZ – -unter unglaublicher Umgehung der wahren Auflagenverhältnisse dieser Zunft. Acht hintereinander folgende Tage Presseschau, die ich allein im DLF (jeweils 7.05 Uhr) beobachtet habe, belegen, daß es offensichtlich ohne FR und TAZ „nicht geht“, obwohl deren Auflagenzahl geradezu erbärmlich ist (knapp 60.000 TAZ, 75.000 FR). Beispielsweise in der Zeit vom 19. bis 27. April 2013 wurde jeden (!) Tag die FR zitiert, in der Häufigkeit gefolgt von der TAZ. Und diese beiden seit -langem vom Siechtum bedrohten Käseblätter FR und TAZ bestimmen seit Jahren die politische Meinungsbildung der deutschen Führungselite?!

Das Beispiel Fukushima

Ein typisches Beispiel für das grüne Zusammenspiel mit Medienmenschen bietet das immer wie ein Fanal beschworene „Fukushima“ (auf das übrigens auch Kanzlerin Merkel hereingefallen ist). Die Grünen -verwenden den Begriff Fukushima pietätlos für ihre Propaganda--Maschinerie. Da berichten FrI. Roth und Herr Trittin unabhängig voneinander darüber, daß es in Fukushima beim Reaktorunfall zigtausend Tote gegeben habe, Claudia Roth spricht von 16.000 Toten, Trittin gar von 19.000. Die Beiden verdrehten ungeniert die Tatsachen. Und viele Medienleute berichteten.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus: In Fukushima gab es drei Unfälle – jeder für sich schlimm: Erdbeben und Tsunami mit vielen tausend Toten sowie einen Reaktorunfall – in dieser Reihenfolge. Die Grünen und die mit ihnen verbündeten Medien hämmern den Bürgern aber ein: „Fukushima, Fukushima – Reaktorunfall“.

Selbst bei kritischen -Bürgern entsteht der Eindruck, daß die Tragödie von Fukushima auf den Reaktorunfall zurückzuführen sei. Mitnichten! Durch den Reaktorunfall gab es bis heute nicht einen einzigen Toten. WDR, Tagesschau und viele andere Medien verbreiteten unkontrolliert die Äußerungen Trittins und Roths.

Allerdings, diesmal hatte die facebook-Gemeinde aufgepaßt. Es gab viele tausend Proteste („shitstorm“) auf der facebook-Seite der Roth. Der Protest wuchs derart stark an, daß sich Frl. Claudia öffentlich und kleinlaut entschuldigen mußte, pikanterweise durch ihr Büro – ein höchst seltener Vorgang im Leben der Grünen-Chefin:

„Es tut uns leid, daß wir aufgrund der Knappheit des Textes leider den Eindruck erweckt haben, als wären die insgesamt rund 16.000 Toten in Folge des Reaktorunfalls in Fukushima gestorben. Richtig ist natürlich, daß sie in Folge des am 11. März 2011 durch ein schweres Erdbeben ausgelösten Tsunamis gestorben sind, der auch zu den drei Kernschmelzen in Fukushima führte. Wir bitten diesen unbeabsichtigten Fehler zu entschuldigen“ (Quelle: ntv 11.3.13). Die mediale Reaktion auf diese Entschuldigung war – im Gegensatz zur auslösenden Roth/Trittin-Falschmeldung – marginal.

Es wird also leicht erkennbar, daß rund Zweidrittel der Medienschaffenden linksgestrickt sind. Daß sie den Spitzenkandidaten der Grünen, Trittin, nun als Staatsmann in den Himmel schreiben, versteht sich von selbst. Nach einer Studie des Allensbacher Demoskopie-Institutes sind rd. 75 Prozent der deutschen Journalisten links oder grün/rot, ganze acht Prozent bekennen sich zu einer Unionsfreundlichen Grundhaltung. „Bürgerliche“ Redakteure werden kaum gehört. Die Ursache dieser Entwicklung dürfte am ehesten in der „68er Gehirnwäsche“ -liegen, die nicht nur die Politik, sondern vor allem auch den gesamten Bildungsbereich erreicht hat – bis hin zu den Kindergärten. Heute ist diese APO-Journalisten-Generation abgelöst durch jene links-grünen Apokalyptiker, die schon in der Schule und erst recht im Studium -gelernt haben, wie verbrecherisch die deutsche Vergangenheit ist und daß immer neue (hausgemachte) Katastrophen bevorstehen – von Klimawende bis zur „Gefahr von rechts“. Mit dieser Sorte Journalisten ist eine Meinungsdiskussion nicht möglich; denn sie haben recht – und wer anderer Meinung ist, ist reaktionär und im schlimmsten Falle „Faschist“. Sie teilen die Meldungs- und Meinungswelt in „gut“ und „böse“ ein, wobei sie – vor allem die Grünen – selbstverständlich selbst definieren, was gut und was böse ist.

Grüne Angststrategie

Und da schließt sich der Kreis: Die Grünen – und erst recht ihre -Urväter aus der APO – haben uns seit mehr als 40 Jahren systematisch beigebracht, daß das Schlimmste, was es auf der Welt gibt, „der Deutsche“ als solcher ist. Und schon werden am laufenden Band Angstsznarien – vor einem „Wiedererwachen“ der Deutschen und der „Gefahr von rechts“ – gestrickt. (Übrigens, linke Deutsche sind natürlich von dieser Gefahr ausgenommen, werden also geschont.)

Die Strategie dahinter: Menschen, die Angst haben, sind für alles empfänglich, was ihnen Heil bringt. Und so wagt niemand mehr, gegen die links-grünen Heilslehren vom Klimawandel, von Energiewende, von Bio, von Multikulti, von fleischlos etc. anzukämpfen. Er würde gnadenlos von dieser Meinungs-Journaille niedergemacht. Das riecht alles brenzlich nach einer neuen, links-totalitären Strategie. Deren wesentliche Elemente im journalistischen Unterstützungseinsatz lauten:

- Verächtlichmachung des (bürgerlichen) Gegners
- Unterstellen einer extremistischen, zumindest aber rechtslastigen Denkstruktur
- Persönliche Diffamierung
- Verniedlichung und Verharmlosung linker Taten

– Totschweigen

usw. Die einzelnen Elemente ließen sich beliebig fortschreiben. -Begleitet wird das Ganze noch durch mangelnde Sach- und/oder Fachkenntnisse und durch ein höchst fehlerhaftes Deutsch. Man schaue sich nur mal kritisch die Texte einzelner Zeitungen an. Der „Mainstream“ herrscht in allen Bereichen des öffentlichen Lebens – den Grünen sei Dank!

V. Trittin und der grüne Wahn gegen alles, was deutsch ist

Wir kommen an der Erkenntnis nicht vorbei, daß wir in den letzten dreißig Jahren den meisten Medien eine hervorragend organisierte und trefflich gelungene Desinformation zu „verdanken“ haben, was die politische Herkunft sowie die aktuellen politischen Ziele jener grün--linken Deutschlandhasser anbelangt. Wie unterscheiden sich die Medien (einschließlich der Staatsmedien ARD und ZDF) damit von einschlägigen, durch kommunistische Zentralregierungen gesteuerte und bezahlte Zentralorgane der Marken Prawda und Neues Deutschland? Ihr Ziel ist die Ablehnung des christlich-abendländischen Europas und dessen Auflösung in eine transnationale Multikulti-Gemeinschaft, die, so alle Anzeichen, unter islamischer Führung stehen wird.

Trittin und seine grünen Companeros wenden zur Verächtlichmachung unserer Kultur und unseres Volkes eine perfide Strategie an: Um ihr Ziel zu erreichen, instrumentalisieren die Grün-Sozialisten die mehr als zahlreichen Verbrechen ihrer braunen Vorgänger (1933-1945) und sorgen damit dafür, daß man nicht über die „linken“ Verbrechen aufgeklärt wird, sondern nur über die von „rechts“. Schon die Kleinen werden indoktriniert und schämen sich später, in Deutschland geboren worden zu sein. Man redet ihnen ein, daß Blut an ihren Händen klebt.

Es darf natürlich nie um die Relativierung der zahlreichen NS-Schandtaten gehen, aber der hiesige Mißbrauch, die Instrumentalisierung dieser Morde, war, ist und bleibt selbst eine üble Missetat. Typisch für Sozialisten, die nie durch Argumente überzeugen können, sondern ausschließlich durch Unterjochung, Indoktrinierung und Gewalt. Sie wissen ganz genau, daß sie Ziele verfolgen, die nicht viele teilen, reden sich aber dennoch ein, moralisch im Recht zu sein, um ihren Wahn zu legitimieren. Sie handeln bewußt! Sie reden von Humanismus und -meinen: Nie wieder Deutschland! „Als Ziel gilt es nicht, jemanden zu widerlegen, sondern gut sichtbar aus der Gemeinschaft auszuschließen“ (Alexander Wendt, Focus 49/2012).

Trittin und die Deutschfeindlichkeit der Grünen

Es geht bei dem Begriff Deutschfeindlichkeit nicht einfach um Ressentiments gegen Deutsche, sondern in einem umfassenderen Sinn um verschiedene Arten von Feindseligkeit gegen das Deutsche schlechthin: gegen das deutsche Volk, gegen den Staat, gegen die deutschen Menschen usw. Das ist ein ausgesprochen vielschichtiges Phänomen. Es gibt das traditionelle Ressentiment vieler Völker – Polen, Franzosen, Briten, Juden – aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der Kriege davor. Es gibt eine intellektuelle Form der Deutschfeindlichkeit, die weniger mit der Abneigung gegen die Deutschen als -Menschen zu tun hat als mit der Abneigung gegen und die Furcht vor dem deutschen Staat, dem man jederzeit zutraut, zu mächtig zu werden. Es gibt Mißtrauen gegen den deutschen Volkscharakter. Es gibt die Deutschfeindlichkeit hier lebender Migranten. Es gibt die Deutschfeindlichkeit der Deutschen selbst. Und es gibt eine Ideologie, zu deren zentralen Bestandteilen Deutschfeindlichkeit gehört. Die verschiedenen Facetten und Ebenen des Gesamtkomplexes „Deutschfeindlichkeit“ stehen nicht unverbunden nebeneinander. Sie durchdringen und verstärken einander und wachsen sich zusammen zu einer Gefahr für das deutsche Volk aus. Aber Jürgen Trittin scheint sie alle aufgesogen zu haben.

Die allgemeinste und verbreitetste Grundlage von Deutschfeindlichkeit ist eine

Ideologie, die über Filme, Literatur, populäre Geschichtsdarstellungen verbreitet wird, und derzufolge Deutschland eine Gefahr für seine Nachbarn gewesen (und potenziell auch heute noch) sei und daher gefesselt, entmachtet und verdünnt werden müsse, weil der deutsche Volkscharakter antidemokratisch, obrigkeitshörig, kollektivistisch, gewalttätig, kriegslüsternd, genozidal usw. sei. Zwar sind sich die heutigen Historiker meistens zu fein dazu, eine direkte Linie Luther-Friedrich-Bismarck-Hitler zu ziehen, aber die Nachwirkungen dieser Art von propagandistischer Geschichtsschreibung sind noch heute deutlich spürbar und äußern sich nicht zuletzt in der Neigung, die gesamte deutsche Geschichte als Vorgeschichte des Dritten Reiches zu behandeln. Denken Sie an Joschka Fischer mit seinem Auschwitz-Komplex oder Jürgen Trittin mit seiner SS-Vaterprägung.

Doch die Grünen sind in Wirklichkeit wahre Pharisäer. „Ihr habt doch alle ‚Mein Kampf‘ von Adolf Hitler gelesen“, rufen sie ihren Vätern zu und klagen: „Warum habt Ihr nichts dagegen unternommen?“ Und die Grünen sowie die APO-Genossen selbst? Sie verehrten die grausamsten Verbrecher, die im Namen des Kommunismus mehr als hundert Millionen Menschen umgebracht und gefoltert haben oder verhungern ließen. Sie pilgerten zu Pol Pot nach „Kampuchea“, der die Hälfte seiner Landsleute grausam ermorden ließ – zwei Millionen Menschen. Auch von den Verbrechen Lenins, Stalins oder Mao Tse-tungs wußten sie, sie waren bekannt. Entschuldigt haben sich die Grünen bisher nicht für diese Verehrung der kommunistischen Schlächter, aber von ihren Vätern verlangen sie es. Jürgen Trittin äußert lapidar, es gebe nichts zu bereuen. Welch´ scheinheilige Moral – eine Moral der Heuchler und Pharisäer!

Das Bewußtsein, besser zu sein als frühere Generationen, war nicht nur früher bei den Grünen verankert, sondern ist auch heute noch typisch für das Milieu dieser „Gutmenschen“.

Trittins Deutschland: „Rassistisch infiziert“

Einer der Protagonisten dieser Grundhaltung ist Jürgen Trittin – wohl von der Geschichte seines SS-Vaters geprägt. Aber ist das wirklich Grund genug, Deutschland und alles Deutsche abgrundtief zu hassen?

Empörung erregte Trittins „Londoner Rede“, in der er seinen ganzen Abscheu über unser Vaterland ausschüttete. So sprach er z. B. davon, Deutschland sei „ein in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land“ (s. u.). Diese „rassistische Infektion“ sei das Produkt von politischen Kampagnen der CDU/CSU und Teilen der SPD. Die Aushandlung des seinerzeitigen „Asylkompromisses“ (zw. SPD, CDU, CSU und FDP) geißelte er mit den Worten: „Ein Grundrecht wird kurzerhand weggeputscht. Die in Bonn regierende CDU/CSU hat durch eine generalstabsmäßig organisierte Kampagne im Jahr 1991 latent vorhandenen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft hoffähig gemacht.“

Zur Verdeutlichung hier der Auszug aus dem Protokoll des Deutschen Bundestages, der sich auf dieser Sitzung u. a. mit den Londoner Äußerungen Trittins befaßte:

„Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/36 vom 23.04.1999, Seite: 2916, noch: Eckart von Klaeden MdB:

(...Diese Äußerungen des deutschen Umweltministers Trittin dürften zu...) den peinlichsten Entgleisungen eines deutschen Politikers im Ausland überhaupt zählen. Zuruf von der F.D.P.: Nichts dazugelernt!

Klaeden: Was war geschehen? Trittin hatte Anfang 1993 im -Londoner Goethe-Institut eine Rede gehalten und dabei gesagt, Deutschland sei ein – ich zitiere – „in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land“; er hat CDU/CSU und Teilen der SPD vorgeworfen, sie würden eine rassistische Antwort auf

die Flüchtlingsfrage geben, die zudem kein reales Problem sei, sondern das Produkt ihrer politischen Kampagnen.

Britische Zuhörer haben daraufhin den Saal verlassen, haben die Bundesrepublik Deutschland gegen einen niedersächsischen Minister in Schutz genommen. In dem Bericht der deutschen -Botschaft heißt es zu diesem Vorfall wörtlich:

Zu dem Beitrag von Minister Trittin ist folgendes festzuhalten: Sein Ausdrucksvermögen in der englischen Sprache entsprach nicht dem Schwierigkeitsgrad des Themas Ausländerfeindlichkeit/Ausländerpolitik, (Lachen bei der CDU/CSU) so daß seine Darstellung wegen mangelnder Differenzierungsfähigkeit in der fremden Sprache in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auch in diesem Fall hat er sich, obwohl die Teilnehmer an dieser Veranstaltung die von mir zitierten Äußerungen ausdrücklich bestätigt haben, auf Mißverständnisse und Übersetzungsfehler zurückgezogen.

Frau Altmann, Sie stehen wenigstens zu Ihren Äußerungen und behaupten nicht, Sie seien mißverstanden worden. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ schrieb damals –

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt sind wir doch hier, nicht in Hannover!)

– Ja, wir sind hier, aber ich möchte einmal die Kontinuität aufzeigen. Als das Verhalten der F.D.P. im Zusammenhang mit den AWACS-Einsätzen hier eine Rolle spielte, wurde auf die politische Kontinuität verwiesen. (Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Das hat System!)

Das, Herr Kollege Schlauch, muß nun auch für Bundesminister Trittin gelten. (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit wann verteidigen Sie die F.D.P.?) Es sind eben nicht einmalige Entgleisungen, Übersetzungsfehler,

Mißverständnisse. Vielmehr bricht immer wieder ein politisches Bewußtsein durch, das hinterher nur mühsam kaschiert werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)“

Die Abneigung gegen unseren Rechtsstaat zeigte Trittin schon in jungen Jahren. Trittin, 1954 in Bremen geboren, war gerade 14 Jahre alt, als er sich als Schüler an einer Demonstration gegen das Grundgesetz beteiligte und symbolisch das Grundgesetz in einem Sarg in der Weser versenkte. Als Präsident des Göttinger ASTA organisierte er vor allem Demonstrationen und Hausbesetzungen. Darauf scheint er noch heute stolz zu sein. Zitat: „...Ich habe auch Häuser besetzt (...) Ich habe sogar in solch einem Haus gewohnt“. Nach Veröffentlichung des üblen Buback-Nachrufs (unter dem Pseudonym „Mescalero“) -äußerte Trittin: „Nein, wir distanzieren uns davon nicht. Zu denen -habe ich gehört, und das halte ich nach wie vor für richtig.“ Wir glauben es ihm sofort. 1980 trat Trittin wegen innerverbandlicher Streitigkeiten aus dem KB aus und schloss sich den Grünen an.

Als Trittin in den Deutschen Bundestag einzog, erhielt er – wie jeder Abgeordnete – Visitenkarten mit seinem Namen und dem Zusatz: -„Mitglied des Deutschen Bundestages“. Das paßte dem Deutschland-Verächter Trittin offenbar gar nicht. Er ließ sich eigene Visitenkarten drucken, Aufschrift: „Jürgen Trittin, Mitglied des Bundestages“ – -ohne den Zusatz „Deutschen“ (Bundestages). Und Trittin bleibt auch -konsequent, wenn es um das Lied aller Deutschen geht: In der FAS v. 2.1.05 erklärte er:

„Noch nie habe ich die deutsche Nationalhymne gesungen und werde es auch als Minister nicht tun.“ (Jürgen Trittin)

Um es klar zu sagen: Dieser Jürgen Trittin also, der aus der links-extremistischen Szene kommt und einer Gruppe angehörte, die Deutschland mit radikaler Wut

bekämpft (hat), der heute die Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag führt und damit kokettiert, Wirtschafts- und/oder Finanzminister sowie Vizekanzler nach der nächsten Bundestagswahl zu werden, soll also nach zehn Jahren leninistischer Schulung im KB und dessen „Krieg“ gegen Deutschland 1980 innerhalb weniger Tage zur Friedenstaube geworden sein und nun den Anführer der grünen Friedensfraktion geben können? Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr!

VI. Die Moral und die Grünen

Die Moralvorstellungen der Grünen sind alles andere als bürgerlich. Die ganze Dekadenz ihrer libertären Vorstellungen zu besprechen, -würde den Rahmen dieser Publikation sprengen. Wir beschränken uns deshalb auf einige Beispiele, die aber Einblick geben in den grünen „neuen Menschen“.

Die Grünen, die Pädophilen, Cohn-Bendit etc.

Kritische Zeitgenossen äußern sich immer wieder erstaunt und besorgt darüber, daß von Seiten libertärer Politiker – vor allem bei den Grünen und linken Liberalen – bestimmte kriminelle Praktiken nicht schärfer bekämpft werden. So mußte z. B. der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger vorwerfen, die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels zu unterlaufen.

Doch dabei bleibt es nicht alleine. Die Zeichen der Aufweichung -moralischer Grundsätze werden immer deutlicher: Die „Grüne -Jugend“ z. B. fordert ganz offen einen liberalen Umgang mit der -Geschwisterliebe und will den Inzest-Paragrafen aufheben.

Der (bisher) renommierte Theodor-Heuss-Preis wurde in diesem Jahr ausgerechnet Daniel Cohn-Bendit MdEP verliehen, jenem grünen Chefideologen, der sich selbst zu Manipulationen an und mit Kindern an ihm bekannt hat. Daß ausgerechnet der grüne Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Mitglied des ZK der Deutschen Katholiken, die Laudatio auf diesen verwerflichen Charakter hielt – nachdem der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Voßkuhle, aus gutem Grund abgesagt hatte – entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie. Aber was Moral ist, definieren ja die -Grünen selbst, und deshalb tun sie nichts, um die sexuellen Abartigkeiten aufzuklären.

Aus den Archiven der Grünen kann man ersehen, mit welcher -Strategie sie eine tiefere Diskussion über Cohn-Bendits pädophile Bekenntnisse verhindern bzw. niedrighängen wollten: verharmlosen – durch ein „starkes und vertrauensvolles Bedauern für den Schmerz“, den seine Handlungen verursacht hat. Die skandalösen Textpassagen aus Cohn-Bendits Buch und aus seinen Artikeln im APO-Blatt „Pflasterstrand“ müssen hier nicht wiedergegeben werden. Sie sind zu schmutzig und beweisen eindeutig eine Grenzüberschreitung im Umgang mit den Kleinsten. Bis heute hat Cohn-Bendit seine Handlungen nicht öffentlich bedauert oder gar bereut, von Entschuldigung kann schon gar -keine Rede sein.

Derweil nimmt der öffentliche Druck auf den Chefideologen der Grünen durch immer neue Veröffentlichungen über pädophile Neigungen zu, nachdem eine Weile durch Freunde und geneigte Medien versucht -wurde, die Verfehlungen Cohn-Bendits zu bagatellisieren. Daß ausgerechnet die ansonsten konservative „Junge Freiheit“ (Dieter Stein) in den Chor der Beschwichtiger mit einstimmte und statt Cohn-Bendit den Verfasser der konservativen Publikation „Die Grünen – Rote -Wölfe im grünen Schafspelz“ – also mich – angriff und Cohn-Bendit in Schutz nahm („Es gilt die Unschuldsvermutung“), ist unter konservativen Gesinnungsfreunden auf vielfaches Unverständnis gestoßen.

Nach Bekanntwerden weiterer beanstandenswerter Texte Cohn-Bendits ruderte die Junge Freiheit eiligst zurück (JF 26.4.13). Herausgeber Dieter Stein: „...Es gibt jedoch ein Schweigen, eine Omertà, die die Akteure des 68er Linksradikalismus bis heute umhüllt. So, wenn es um Verstrickungen in bis heute ungeklärte Terrorakte geht, wie beispielsweise bei Joschka Fischer, einem Freund Cohn-Bendits. Schweigen herrscht auch zur Verantwortung der 68er für die Folgen der sexuellen Revolution, die schließlich die Schwächsten, die Kinder, traf...“. Dieter Stein ist zuzustimmen. Ich hätte es aber begrüßt, wenn er das frühzeitiger und deutlicher geschrieben hätte, statt meine (jetzt bestätigte) Meinung über Grüne zu kritisieren. Schwamm drüber, für mich ist die Sache erledigt. Der Vorgang zeigt aber, wie leicht selbst gestandene konservative Medienmenschen auf grüne Gedanken hereinfallen können.

Nun wollen die Grünen „die Problematik aufarbeiten“. Man muß kein Prophet sein, um zu erkennen, daß sie sich hierzu viel Zeit lassen werden – jedenfalls bis weit nach der Bundestagswahl. Vom langjährigen politischen Weggefährten Cohn-Bendits, Jürgen Trittin, war allerdings bis heute nichts zu diesem Thema zu vernehmen. Vom langjährigen Freund Joseph (Joschka) Fischer schon: Das sei eine private Angelegenheit. Basta. Grüne Moral? Grüne Heuchler!

„Erfüllung ist nicht zu finden in der Enthemmung“ (Nik. Lenau, 1802-1850)

Wohlgemerkt, die causa Cohn-Bendit ist kein Einzelfall. Sie findet statt in einem Parteirahmen, der ein besonderes Verhältnis zu jeder Art von Sex zeigt. Es gibt genügend schriftliche Belege dafür, daß sich die Grünen für eine „Entkriminalisierung“ pädophiler Beziehungen etc. starkmach(t)en, Geschwisterliebe inklusive. Das gilt nicht nur für die Bundespartei Die Grünen, sondern pflanzt sich fort bis in ihre Untergliederungen. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, ein bekennender Homosexueller, gehört dazu. Er verfaßte 1988 mit einem Sammelwerk „Der pädosexuelle Komplex“ eine Art von pseudojuristischem Pädophilen-Manifest, von dem er sich aber distanziert. Es sei verfälscht und nicht autorisiert, behauptet er.

Zur fraglichen Moral der Grünen kommt weiter: Der Versuch, alle möglichen Formen eines Zusammenlebens als „Ehe“ dar- und der herkömmlichen Ehe gleichzustellen – inklusive steuerlicher Gleichbehandlung – wird immer dreister und hat bereits in weiten Teilen der Bevölkerung Fuß gefaßt.

Wurzeln in der Humanistischen Union

Nun wachen „bürgerliche“ Zeitgenossen (endlich) auf und fragen, wie diese Entwicklung möglich war. Eine Antwort findet sich z. B., wenn man sich mit den Zielen der „Humanistischen Union“ beschäftigt. Denn dieser Club ist keine esoterische Freizeitveranstaltung, sondern eine Vereinigung von Menschen, die mit unserer tradierten Moralauffassung und unseren christlichen Werten wenig am Hut haben und weitreichenden Einfluß in die Politik hinein ausüben. Interessant ist die Liste der prominenten Politiker, die sich zur Humanistischen Union (HU) -bekennen: Das reicht von Bundesjustizministerin Sabine-Leutheusser-Schnarrenberger über Claudia Roth und Volker Beck bis hin zu Renate Künast – um nur die bekanntesten Namen zu erwähnen, also viele führende Grüne. Die HU ist in ihrem Einfluß auf Staat, Gesellschaft und Rechtsprechung nicht zu unterschätzen. Man sollte also wissen, wer und was sich hinter der HU verbirgt.

Antikatholisch, antiklerikal, antichristlich

Die „Humanistische Union (HU)“ versteht sich selbst als Bürgerrechtsbewegung, die vor allem für die altbekannten linken Ziele -eintritt: „Umfassende Informationsfreiheit“, „mehr direkte Demokratie“, -„Abschaffung des ‚geheimdienstlichen‘

Verfassungsschutzes, -„Trennung von Religion und Staat“ etc. Als ihr „natürlicher Gegner“ gilt die katholische Kirche, mit der sie sich am liebsten anlegt. Die HU bezeichnet sich selbst als „antiklerikal und antikonfessionalistisch“ – weshalb sie vielfach als antichristliche Organisation gewertet wird.

Im besonderen Blick der HU standen und stehen u. a. die Liberalisierung des Strafrechts (sic!), weshalb sie sich gegen die Strafbarkeit rein „sittenwidriger“ Verhaltensweisen – beispielsweise Pornographie, Prostitution, Homosexualität oder Gotteslästerung – wendet. Ach ja, Kommunismus und Sozialismus sollten auch nicht rechtlich verfolgt werden dürfen.

Fazit: Wenn das HU-Beiratsmitglied Leutheusser-Schnarrenberger die katholische Kirche gerne auf der Anklagebank sähe, wenn die aus der Kirche ausgetretene Claudia Roth einmal Papst Benedikt XVI. angriff, er leide unter „komplettem Realitätsverlust“, und wenn die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag, Renate Künast, im Zusammenhang mit der Mißbrauchsdiskussion in der Kirche eine „grundlegend geänderte Auffassung zum Umgang mit Kindern und Gewalt“ einklagt – als ob die (katholische) Kirche sich jemals für Gewalt gegen Kinder ausgesprochen hätte – dann ist das die Saat, die die Propaganda der Humanistischen Union gelegt hat. Man zeigt auf die Splitter im Auge des Gegners, die Balken im eigenen Auge sieht man nicht. Das also ist der Nährboden für viele führende Politiker der Grünen und Libertären. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Abtreibung: „Mein Bauch gehört mir!“

Zur Grünen Deutschlandfeindlichkeit und Moral gehört auch das Thema Abtreibung, also die Tötung Ungeborener. Acht Millionen getötete Kinder klagen an. Allein im Jahre 2012 gab es mehr als 100.000 „Abtreibungen“ – wohlgemerkt, das ist nur die offizielle Zahl der gemeldeten Abtreibungsfälle. Die Dunkelziffer ist vermutlich doppelt so hoch.

Deutschlands Deutsche sind vom Aussterben bedroht. Hierzulande werden 60 Prozent weniger Kinder geboren, als zur Bestandserhaltung der Deutschen notwendig wären. Nur die Tatsache, daß Einwanderer aus der ganzen Welt eine große Zahl von Kindern mit- oder hier zur Welt bringen, verlangsamt den Trend nach unten.

Besonders deutlich wird der Trend zum Aussterben der deutschen -Nation, wenn man die Entwicklung der letzten vierzig Jahre zugrunde legt. Deutschland wurde in diesem Zeitraum um 25 Millionen (sog. autochthone) Deutsche dezimiert. Wir bräuchten also dringend mehr Kinder von deutschen Eltern, um den Absturz unseres Landes wenigstens zu bremsen; denn eine Umkehr des Trends ist wohl kaum möglich. Hinzuzurechnen ist noch der alarmierende demographische Faktor: Das Statistische Bundesamt rechnet für 2012 mit 650-680.000 lebend geborenen Kindern, denen aber deutlich mehr Sterbefälle gegenüberstehen. Das Geburtendefizit dürfte (2012) nach Schätzung des Bundesamtes 185-200.000 betragen.

Statt dieser verheerenden Gesamtentwicklung entgegenzuwirken, vernichten wir unseren Nachwuchs durch Tötung ungeborenen Lebens, verharmlosend „Abtreibung“ genannt. Geht man von durchschnittlich 150.000 bis 200.000 legaler und illegaler Abtreibungen pro Jahr aus, dürfte die Zahl der Tötungen ungeborener Kinder in den letzten 40 Jahren zwischen sechs und acht Millionen liegen. Damit hat sich die Tötung ungeborenen Lebens zu einer der wichtigsten Todesursachen unseres Landes entwickelt. Ein Skandal!

In der Tat ein Skandal, aber einer, über den niemand sprechen zu wollen scheint.

Stimmen aus der Politik? Verstummt! Aus den Medien? Nichts zu hören und zu lesen! Offensichtlich sind Politik und Medien diese Massentötungen keinerlei Erwähnung wert. Schon die Tatsache, daß die Meldung über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche alleine vom Statistischen Bundesamt kommt und nicht sofort von der Politik kommentiert wird, spricht für sich. Das allgemeine „Klima“ der öffentlichen Diskussion wurde dank des 68er Einflusses in eine Richtung gedreht, die Abtreibung „chic“ findet und bei der man auf Titelbildern einschlägiger Gazetten stolz verkünden darf: „Ich habe abgetrieben!“

Ein Skandal ist auch das kollektive Schweigen sogenannter „konservativer“ Grüner: Nicht ein einziger führender Grüner hat sich von den Tötungen ungeborenen Lebens distanziert. Katrin Göring-Eckardt, EKD-Vorsitzende mit ruhendem Amt und jetzt Spitzenkandidatin der Grünen: Schweigen. Winfried Kretschmann, Mitglied im ZK der Deutschen Katholiken: Schweigen. Trittin darf man gewiß ebenfalls ein (grinsendes) Schweigen unterstellen. Sie haben die Moral gepachtet, die Grünen, aber sie haben keine – wie auch das folgende Kapitel belegt:

Sprit statt Brot, Hunger statt Mais – die zynische Wende der Grünen

Trittins Lieblings-Projekt war (ist?) der Bio-Sprit. Heute hält er sich merkwürdig bedeckt, sobald „E 10“ zur Sprache kommt. Einst forderte und förderte er den Bio-Sprit mit allen Mitteln und mit dem -Versprechen, E 10 werde die Luft über Deutschland sauberer machen. Alles heiße Luft! Denn wie war das wirklich?

– Es waren SPD und Grüne, die im Jahre 2003 der Produktion von Bio-Kraftstoffen den entscheidenden Schub verpaßten. Reinem Bioethanol und reinem Biodiesel verhalfen sie zur sofortigen Steuerbefreiung. Aber schon damals waren alarmierende Bedenken dagegen bekannt.

– Renate Künast, ehemals Bundeslandwirtschaftsministerin, sagte damals stolz: „Natürlich sind mit Biodiesel und der in Kürze zu erwartenden Markteinführung von Ethanol als Beimischung erste, wichtige Schritte getan.“ Schließlich, so Künast, sei das auch -klimaschonend.

– Jürgen Trittin, damals grüner Bundesumweltminister, machte die Förderung des Bio-Kraftstoffs zu einem Herzensanliegen: Treibstoff aus Mais, Getreide und Raps werde die Abhängigkeit vom Erdöl verringern.

– Derselbe Jürgen Trittin hatte im Jahre 2005 gar den Plan, den Anteil alternativer Kraftstoffe auf ein Viertel anzuheben (heute 6,25 Prozent).

– Bärbel Höhn, damals Umweltministerin in NRW, bewarb mit Nachdruck den Sprit vom Land: „Das wird oft noch abgeblockt, aber es ist aus meiner Sicht ein Riesenpotential.“

Sehr bald zeigte sich, daß die Rechnung nicht aufgehen konnte. Die lieben Grünen (und die übrigen Posaunisten eines CO₂-freien Lebens) hatten bei ihren Plänen ganz einfach den Faktor Mensch vergessen. Polemisch ausgedrückt: Sprit statt Brot, Hunger statt Mais. Wer die Böden einseitig ausbeutet und einseitig Mais etc. zur Gewinnung von Biosprit anbaut, nimmt vielen Menschen ihre Ernährungsgrundlage. (Mais wird von Mikroben in Gas umgewandelt.) Die Pflanze fordert aber eine intensive Landwirtschaft, verlangt Stickstoffdünger in großem -Maße, gefährdet das Leben von anderen Pflanzen und Tieren und -begünstigt die Bodenerosion. Ist das „öko-sozial“? Noch schlimmer: Durch die intensive, aber notwendige Stickstoffdüngung wird -Lachgas freigesetzt, das die Klimaentwicklung in starkem Maße schädigt.

Aber zu welchem Preis? Der Regenwald in Brasilien wird für großflächige Plantagen

immer weiter abgeholzt und niemand geht der Frage nach, ob das Abholzen von CO₂-verzehrenden Pflanzen nicht die Klimaschäden noch wesentlich verschärft oder gar die eigentliche Ursache ist. Monokultur (hier Mais) verdrängt zudem Pflanzen, die für die Lebensgrundlage des Menschen, das buchstäbliche „tägliche Brot“, unentbehrlich sind und als bzw. für Tierfutter benötigt werden. In Niedersachsen hat der Maisanbau bereits die Hälfte der Ackerfläche „erobert“. Die Anbaufläche in Deutschland für Energiemais hat sich von 2005 bis 2011 auf 700.000 Hektar verzehnfacht(!) – mit entsprechend negativen Auswirkungen auf Boden, Gewässerschutz und Feldvogel-Populationen. So werden in betroffenen Gebieten immer mehr ökologisch schutzbedürftige Flächen zum Maisanbau herangezogen, insbesondere in der Dritten Welt. Am Ende einer solchen Kette steht immer der Hunger. Das Übel wird noch dadurch verschärft, daß die starke Bevorzugung von Mais für eine viel zu hohe Belastung der Böden durch Nitrat sorgt, das zudem auch noch ins Grundwasser gerät.

Grüne Wende: Rolle rückwärts

Die Grünen haben inzwischen offensichtlich die Gefahr erkannt, die in diesem Thema liegt. Sie rudern mit voller Kraft zurück. Motto: Was Interessiert mich mein Geschwätz von gestern:

- „Wir waren immer gegen E 10!“ behauptet wahrheitswidrig und schnoddrig wie immer Renate Künast. Eine unglaubliche Irre-führung!
- Robert Habeck, Grüner Energieminister Schleswig-Holsteins, warnt nun vor „übermäßigem Maisanbau zur Energieerzeugung“: „Wir müssen auf unsere Böden aufpassen...“
- Friedrich Ostendorf, agrarpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, wird noch deutlicher (wendetechnisch gesehen): „...Ich bin nicht bereit, als Grüner jetzt den Vorwurf hinzunehmen: Das wolltet Ihr so...“ Biogaserzeugung habe mit „bio“ nichts zu tun. „Es handelt sich dabei um hochintensiven Maisanbau, das genaue Gegenteil des biologischen Landbaus...“ Aha! Alles verstanden? Alles klar? Ach ja, wo steckt eigentlich der „Erfinder“ des „Bio-Benzins“, der ehemalige Umweltminister Trittin in dieser Debatte? Er zieht es vor, seit einiger Zeit taktisch zu schweigen und das Wort „Bio-Kraftstoff“ nicht mehr in den Mund zu nehmen. Solche Winkelzüge lernt man bei Lenin.

Aber hier hat es den schlaunen Fuchs Trittin voll erwischt. Er kriegte sich gar nicht ein, den damaligen Umweltminister Röttgen zu kritisieren und nannte ihn im Zusammenhang mit der Einführung von E10 einen „Totalausfall“. Da hätte er besser geschwiegen. Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung wollte Trittin als Umweltminister im Jahre 2005 selbst mit aller Macht den Biosprit an die Tankstellen bringen. Davon konnten ihn damals weder die grünen Europa-Parlamentarier abbringen noch ein Gutachten des Umweltrates der Bundesregierung, das ökologische Probleme ausgemacht haben soll. Auftraggeber für die Studie war ein gewisser Jürgen Trittin selbst. (Quelle: Focus 11/2011)

Strom und Kraftstoff kann man nicht essen. Es widerspricht jeder christlichen Ethik und konservativen Grundwerten, (vermeintlich) klimagünstiges Autofahren der Ernährung der Weltbevölkerung -vorzuziehen. Das wäre nicht nur zynisch, sondern ein Verstoß gegen die christliche Botschaft: „Macht Euch die Erde untertan“, heißt doch nicht: „Beutet die Erde aus!“

Trittins Grüne im Gender-Wahn

Eine unglaublich böse, die Menschenwürde verachtende Idee hat Politik und Gesellschaft ergriffen: „Genderismus“. Es gibt nicht mehr Mann und Frau, sondern nur ein Einheitsgeschlecht. „Frau“ wird man nach dieser „Lehre“ erst durch – falsche

– Erziehung.

Daß ohne Mann und Frau keine Kinder zur Welt kommen können – geschenkt. Die moderne „Familie“ braucht diese altbackene Form nicht. Das Kind wird zum Spielball beliebiger gesellschaftlicher Vereinigungsformen. Kindeswohl? Geht auch bei zwei Frauen oder zwei Männern als „Elter“!

Wir haben uns offensichtlich schon an Grüne und Grüninnen, an Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, an Christen und Christinnen gewöhnt. Aber müssen wir jetzt auch noch der Elter und die Elter – statt Vater und Mutter – hinnehmen? Müssen wir auch der/die/das Gott ertragen? Wo bleibt der Aufstand? Wo bleibt der Aufschrei der Kirchen gegen diesen blühenden Blödsinn, gegen diese unchristliche Ideologie? Außer den klaren Worten des damaligen Papstes Benedikt – oder heißt es „Papst Benedikta“? Es gibt ja bereits die Jesus und der Jesus! – hört man nichts. Unsere Kirchenoberen scheinen in eine allgemeine Angststarre gefallen zu sein.

RAF-Unterstützer Ströbele für Geschwister-Inzest

Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Jerzy Montag, betonte, „die strafrechtliche Verfolgung von Beischlaf unter Verwandten und Geschwistern“ sei ein „Anachronismus“. Moralische Tabus dürften nicht mit dem Strafrecht durchgesetzt werden.

Auch der Grünen-Abgeordnete und verurteilte RAF-Terrorhelfer Hans-Christian Ströbele setzte sich vehement dafür ein, Geschwistern künftig sexuelle Beziehungen untereinander zu erlauben. „Zwei erwachsene Menschen sollten selbst entscheiden können, ob sie miteinander Geschlechtsverkehr haben.“ Er ergänzte gegenüber der Bild-Zeitung jedoch, dies gelte nur, wenn der Geschlechtsverkehr auf Freiwilligkeit beruhe.

Die sozialistische Wunschvorstellung vom „neuen Menschen“

Biologische (genetische) Aspekte werden von den Jüngern dieser neuzeitlichen sozialdeterministischen Irrlehre als „bürgerlich-reaktionärer Revisionismus“ abgelehnt. Damit stellen die Grünen alle genetischen Entdeckungen der Neuzeit auf den Kopf. Doch das interessiert die Linken und Grünen nicht. Schließlich will man seit Lenin einen „neuen Menschen“ kreieren, einen sozialistischen, menschlichen Wunsch Kandidaten, den es außer in den Köpfen der irregeleiteten nirgends gibt. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse sind da eher hinderlich und werden entweder ignoriert oder ideologisch bekämpft. Auch Stalin bannte die Mendelsche Genetik – und verursachte damit eine landwirtschaftliche Katastrophe mit Millionen Toten.

Die Grünen sind nun dabei, diese schwere Irrlehre wieder auferstehen zu lassen. Vielleicht hoffen sie, damit durch die Hintertür Pädophilie durchdrücken zu können – was eine späte Reinwaschung Daniel Cohn-Bendits bedeuten könnte. Wir beschränkten Erdenkinder maßen uns an, Gott zu spielen und den neuen Menschen zu schaffen.

VII. Trittins Energiewende – ein Desaster

Vermutlich haben nur die Grünen allein geglaubt, der Abschied von der Atomenergie sei mit kleiner Münze zu bezahlen. Weit gefehlt! Überhand nehmende Subventionen steigern die Energie-Preise in ungeahnte Höhen, die direkten Kosten des Umbaus der Energieversorgung wagt niemand genau vorherzusagen. Doch der Frontmann der Grünen, Jürgen Trittin, sprach keck von „nur unwesentlich“ erhöhter Stromrechnungen (Focus 43/2012). Er hatte allen Grund für seine Tiefstapelei. Schließlich war er unter der damaligen rot-grünen Koalition unter Schröder der Hauptbetreiber des für die Energiewende grundlegenden „Erneuerbare Energien-Gesetz“ (EEG).

Dieses EEG fällt nun ihm – und leider auch uns Bürgern – schmerzhaft auf die Füße. Es ist ein Konstrukt der Planwirtschaft, und jeder weiß, daß dies nun überhaupt nicht zur Marktwirtschaft paßt. So sind denn auch die Folgen des Gesetzes. Auf 20 Jahre garantierte Abnahmepreise für Strom verzerren den Wettbewerb in einem unerträglichen Maße.

Mehr noch, es war derselbe Trittin, der als Umweltminister die Prämien für die Solar- und Windstromerzeugung nochmals erhöhte. Es kam und kommt zu einer planmäßigen gesetzlichen Über-Förderung von Wind- und Sonnenstrom, die alleine im Jahre 2012 14 Milliarden Euro gekostet hat. Die FAZ (16.10.12) schreibt unter dem Titel -„Trittins Förderdesaster“ u. a.: „Trittin hätte allen Grund, sich bei den Stromverbrauchern zu entschuldigen; denn zugesagt hatte er, ihre Rechnung werde sich „nur unwesentlich erhöhen“. Daß die berühmten „kleinen Leute“ die Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können und zur Sozialhilfe getrieben werden, was juckt das die Grünen?

Steigen die Belastungen der Verbraucher nach Angaben des DIW um 18 Prozent, wird die Belastung für die Unternehmen noch spürbarer. Diese rapide steigenden Energiekosten werden die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie weiter verschlechtern – -besonders in den wichtigen, aber energiesensiblen Branchen (Metall, Grundstoffe, Chemie und Automobilbau). Trittin nimmt das in Kauf: Arbeitsplatzverluste in diesen Branchen, aber Aufbau in alternativen Bereichen. Es besteht die Gefahr, daß er Deutschland an die Wand fährt.

Fakt ist, daß bis heute bereits Energiewende-Kosten von mehr als 200 Mrd. Euro aufgelaufen sind. Fakt ist auch, daß sich die Energie-intensive Industrie bereits aus Deutschland zurückzieht.

Im Ökoenergie-Sektor erweisen sich die teuren Subventionen als -nutzlos. Die ganze Branche scheint in sich zusammenzufallen. Die deutsche Solarindustrie ist vom schnellen Tod bedroht, internationale Wettbewerber sind schneller und billiger. Innerhalb des letzten Jahres verabschiedete sich ein Drittel der Betriebe vom Markt. Nach amtlichen Zahlen gibt es noch ganze 6.000 Arbeitsplätze in der deutschen Solarzellen- und Modulfertigung. Gezahlte Solarstrom-Beihilfen bis heute: 100 Milliarden Euro – Trittin sei Dank.

Noch ein weiterer bitterer Klagepunkt gegen Trittin & Co.:

„Grün“ ist heute definitiv nicht mehr die Farbe des Umweltschutzes, sondern im Gegenteil die Farbe der konsequenten Umweltschädigung und Tiergefährdung. Windschneisen, riesige Betonfundamente in Wäldern, „Windspargel“ (Windräder) von bis zu 200 m Höhe – ein Wahnsinn, betrieben von einer blindgrünen Politikgeneration, deren Kinder einmal fragen werden: „Wo sind die schönen Landschaften von einst?“ Das Ausmaß der für Windstrom hingegenommenen Landschaftsveränderungen ist unfäßbar – wie nach einem Krieg.

Aber Trittin fordert unverdrossen weiter die Energiewende, nur etwas schneller bitte. Man faßt es nicht: Deutschland, das führende Exportland der Erde, setzt auf Windmühlen und baut Fahrradwege aus. Werden die nachfolgenden Generationen die Exhumierung jedes einzelnen verantwortlichen grünen Politikers mit anschließender Exekution fordern? Man könnte sie verstehen.

VIII. Grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik – ein Horror

Der Wahl-Parteitag der Grünen am 26.-28. April d. J. hat deutlich gezeigt, daß Trittin geblieben ist, was er immer war – ein Ex-Kommunist, der seine Vorstellungen um jeden Preis durchsetzen will. Es war einer jener Parteitage, der denen unter SED- oder KPdSU-Flagge ähnelte: Einstimmigkeit beherrschte das Diskussionsklima, Stromlinienform, keine Gegenstimme, stehender Applaus, als ob „vorne“ ein „Zentralkomitee der Grünen Partei“ gegessen wäre. Abweichende Meinungen wurden – auch schon im Vorfeld des Parteitages – niedergewalzt. Solche Abstimmungsergebnisse wie in Berlin gab es nicht 'mal bei den Kommunisten: nur eine(!) einzige Enthaltung. Bei Letzteren gab es höchstens eine 99-Prozent-Mehrheit, aber keine Einstimmigkeit.

Vernehmbar wagten nur zwei Grüne vorsichtige Kritik: Der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, sprach von Wirtschaftsfeindlichkeit, wurde aber ausgebuht und durfte sich wieder hinsetzen – was er brav tat.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann wiederum hatte, allerdings im Vorfeld, ebenso vor zunehmenden Belastungen der Wirtschaft durch die Pläne der Grünen gewarnt. Die Ablehnung der Parteioberen und der Zorn des Spitzenkandidaten haben ihn dann offensichtlich zum Hasenfuß gemacht. In seiner schwachen Rede auf dem Parteitag sprach er mit zittriger, verhaltener Stimme und entschuldigte sich regelrecht für seine Kritik. „Ein wackrer Schwabe fürcht' sich net“, habe ich 'mal gehört. Das ist bei Kretschmann wohl nicht angekommen. Damit: Ende der Revolte.

Die Themen entsprachen der grünen Programmlage: Enteignung und staatliche Bevormundung, Wegnahme von Eigentum durch größere Belastungen für die Leistungsbürger, extrem hohe Steuerforderungen. Die Grünen haben sich an einer Orgie der Erhöhung von Steuern und Abgaben schier berauscht. Ob alles, was da beschlossen wurde, verfassungskonform ist, wird sich noch weisen.

In Berlin triumphierte nur ein Mann: Jürgen Trittin, der „Vater“ des Wahlprogramms und Spitzenkandidat der Grünen (neben der Alibi-Frau Göring-Eckardt). Es ist sein letzter Versuch, die Macht im Lande zu erobern. (Bald ist er zu alt.) Deshalb wird er mit allen Mitteln um eben diese Macht kämpfen. Seien wir gerüstet!

Klassenkampf gegen „Besserverdiener“

Das Wahlprogramm, das der Spitzenkandidat der Grünen, Jürgen Trittin, entscheidend geprägt hat, ist ein grüner Offenbarungseid. Trotz heftig sprudelnder Steuereinnahmen des Staates durchzieht das gesamte Programm Forderungen nach Steuererhöhungen aller Art. Von Sparen keine Spur. Die FAZ titelt am 2. Mai d. J.: „Linker als links“ und schreibt:

„Das geht selbst der SPD zu weit. Die Grünen liegen mit ihrer Steuer- und Familienpolitik näher bei der Linkspartei als bei den Sozialdemokraten. Die Belastung (...) träfe nicht nur die ‚Reichen‘, sondern auch die breite Mittelschicht. Das will zwar auch die SPD, aber gemessen am grünen Wahlprogramm ist ihre Kombination noch eine moderate Packung...“

Das war deutlich. Denn was die FAZ zwischen den Zeilen sagt, ist, daß die Grünen zu einem „Klassenkampf gegen Besserverdiener“ blasen – wie die alten Klassenkämpfer der Rotfront. Vielleicht überlegt Sahra Wagenknecht, ob sich für sie nicht ein Eintritt in die grüne Partei anbietet.

Der Grünen Griff ins bürgerliche Portemonnaie trifft nicht nur ein paar „Superreiche“, sondern vor allem Wirtschaft und Mittelstand, die schon seit langem über die zunehmenden staatlichen Lasten klagen. Die „Handschrift“ dieses Programms verrät

die Herkunft Trittins. Man merkt, daß er sein Handwerk im Kommunistischen Bund erlernt hat – Unterwanderung der „braven“ Altgrünen inklusive.

Experten schätzen, daß die Trittinsche Programm-Orgie etwa 40 Milliarden kosten wird. Man nimmt's den Leistungsträgern und streut es unter... nein, nicht unters Volk, sondern unter die Zurückgeblieben unserer Gesellschaft: Migranten, „Asylanten“ und „Andersartige“.

Die Einführung einer Vermögensabgabe wird Substanz, also Eigentum, vernichten und etwa 100 Milliarden Euro innerhalb von zehn Jahren kosten – Geld, das für Investitionen fehlen wird.

Ausgesprochen unsozial ist die Streichung des Splitting-Vorteils bei Ehegatten für Haushaltseinkommen ab 60.000 Euro. Das sind nicht „Reiche“, sondern Menschen, die z. B. (je) 3.000 Euro monatlich nach Hause bringen. Die Gesamtbelastung wird auf 3,5 Milliarden € geschätzt. Trittins Plan ist ein weiterer Schlag gegen die Familie als Institution; denn er betrifft nur Eheleute. Das paßt zur familien-feindlichen Haltung der Grünen.

Die von Trittin geplante Erbschaftssteuer ist ebenfalls eine Substanzgefährdung, ist zudem familienfeindlich und wird etwa 4,5 Milliarden € kosten. Nur auf den ersten Blick weniger einschlagend ist der Beschluß der Grünen, die Grundsteuer auf Immobilien künftig nach dem aktuellen Marktwert zu besteuern. Vor allem in den Ballungs-zentren liegt dieser Wert aber weit über dem bisher üblichen Einheitswert. Was so harmlos daherkommt, könnte dazu führen, daß sich die Grünen (zu ihrer eigenen Überraschung) zum Mieterschreck ent-wickeln. Vermieter, das ist völlig normal, wälzen die Grundsteuer -grundsätzlich als Mietnebenkosten auf die Mieter ab. Steigen die Grundsteuern für den Vermieter, steigt auch der Mietzins, weil sich der Vermieter diese Kosten vom Mieter zurückholt. Das trifft jeden Mieter, egal ob arm oder reich. Nur, die Reichen werden's verschmerzen, die Ärmeren müssen zum Sozialamt. Die Grünen „bürgerlich“? Aber nicht doch!

Arrogant wie immer behauptet Trittin, daß nur die „Reichen“ abkassiert werden sollen. Aber das ist ein Trugschluß, wie eben dargestellt. Weiter behauptet Trittin, der Staat habe zu wenig Geld – er meint wohl für all die vielen Migranten-Wohltaten und Sonderprogramme für „sexuell -Behinderte“. Merke: Unser Staat hat beileibe nicht zu wenig Einnahmen, sondern zu viel Ausgaben. Aber an Kürzungen will Trittin nicht ran. Bund, Länder, Kommunen, sogar die Sozialversicherung haben im letzten Jahr mehr eingenommen als ausgegeben. Es bleibt also ein Überschuß, der nach Planung des Bundesfinanzministers kontinuierlich steigen soll, womit z. B. die immensen Schulden des Staates verringert werden könnten.

Aber die Grünen versprechen weiter ungeniert soziale Wohltaten in ihrem Wahlprogramm, die sich auf mindestens 25 Milliarden Euro -summieren werden. Das ist fünfmal so viel, wie sich die Grünen aus der Besserverdiener-Belastung bei der Einkommensteuer versprechen. Aber wie lautet die alte Kernregel der Grünen? Grüne Ausgaben sind gute Ausgaben, von denen es kaum genug geben kann.

Das grüne Wahlprogramm ist ein Rückfall in die staatlich gelenkte Wirtschaft und Gesellschaft. Das Programm der Grünen ist nicht modern, sondern verstaubt und sehr links. Es atmet den Hauch eines überholten Kommunismus. Trittins Programm ist ein Desaster.

Trittin: Ans Geld der Sparer

Ihn scheint das alles nicht anzufechten. Im Gegenteil, nach einer Meldung des Tagesspiegels (20.4.13) will Trittin auch an das Geld der Sparer – als Kandidat der Neidpartei für ihn kein Problem. Der „Tagesspiegel“ schreibt: „Der Spitzenkandidat der Grünen, Jürgen Trittin, hält die Pläne von EU-Kommissar Michel Barnier zum Umgang mit drohenden Bankpleiten für vernünftig. ‚Bevor der Staat eine Bank rettet, müssen zunächst die Gläubiger der Bank herangezogen werden, danach auch die Anleger‘, forderte Trittin im Interview mit dem ‚Tagesspiegel am Sonntag‘. Kleinsparer müßten sich vor einer solchen Regelung nicht fürchten, sagte der Chef der Grünen Bundestagsfraktion. „Es gibt nicht so viele Menschen, die mehr als 100.000 Euro in bar auf der Bank liegen haben...“

Jeder weiß, daß 100.000 Euro nicht viel Geld sind, zumal wenn es sich um die eigene Alterssicherung handelt. Jeder weiß auch, daß Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und das Geld auf die hohe Kante gelegt haben, schon mal versteuert wurden. Jeder anständige Mensch weiß, daß es wie Diebstahl wirkt, wenn diesen Menschen das Geld weggenommen werden soll. Jeder anständige Mensch weiß das. Ob Trittin dazu gehört?

„Die Leistung des Einzelnen wäre weniger wert, Eigentum weniger geschützt, Eigenverantwortung weniger gefragt. (...) Entsprechend verstehe ich nicht, wie man die Grünen für die neuen Bürgerlichen halten kann. Diese Partei ist einfach links, mindestens so links wie die SPD. Die Linkspartei paßt klar besser zu den Grünen als die Union“, resümiert Uli Baur, Chefredakteur des Focus (26.11.12).

Es scheint, als habe sich Trittin diesmal verzockt. So dumm, wie er meint, sind die Wähler nicht. Wer jemals den Grünen das Etikett „bürgerlich“ aufgeklebt hat, weiß nichts von den gefährlichen Plänen ihres Frontmannes – wohlgermerkt nahezu einstimmig beschlossen vom Parteitag der Grünen. Man sollte die ganze Sippschaft in Haftung nehmen. Hoffentlich geht der Schuß Trittins bei der Bundestagswahl nach hinten los.

IX. Grüne Doppelmoral: Spenden an die Grünen

Ein hochinteressantes Kapitel ist der Spendeneingang bei den Grünen. Man glaubt es kaum: Die „Saubermänner“ (äh und „Sauberfrauen“), die mit tiefster moralischer Entrüstung und dickem Zeigefinger auf die „Altparteien“ zeigen und ihnen Unterwerfung unter das Lobbyisten-System vorwerfen, stecken selbst mitten drin und drehen fröhlich am Spendenrad. Schau'n Sie 'mal, welche Unternehmen gespendet haben. Dann braucht man das gar nicht zu kommentieren. Man muß sich nur die Zahlen vor Augen führen, um zu erkennen, daß die -Grünen auch hier „etabliert“ sind.

Man kann sicherlich kontrovers über Lobbyismus in der Politik diskutieren. Aber daß sich ausgerechnet die Grünen immer wieder an die Spitze der Lobbyisten-Gegner setzen, ist doch schon ein wenig dreist. Genauso wie die „Altparteien“ kassieren sie ungeniert Spenden und Zuwendungen aus der Wirtschaft, tun aber so, als seien sie die -„Sauberen“. Eine besondere Spenden bzw. Spender-Moral können sie jedenfalls für sich nicht reklamieren – jedenfalls, wenn man sieht, wie hoch der Spendeneingang der letzten Jahre ist und von wem er stammt. Besonders aussagekräftig ist der Spendeneingang des -Jahres 2009, der sich erheblich (nach oben) von den sonstigen Jahren unterscheidet. Warum? Ganz einfach: Im Jahre 2009 waren Bundestagswahlen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Vermutlich wird es in diesem (Wahl-)Jahr 2013 nicht anders sein.

Schon im Jahre 2005 wies der Rechenschaftsbericht der Grünen einen guten Spendeneingang aus. (Hier nur ein paar Auszüge.) Lassen wir – unkommentiert – die folgenden Zahlen sprechen:

CONERGY AG 49.000 €, Ersol AG 25.000 €, Forst Solar GmbH 17.900 €, Ostwind Verwaltungs GmbH 50.000 €, Q-Cells AG 19.000 €, SMA Technologie AG 22.000 €, Solarparc AG 20.150 €, Solarworld AG 20.000 €, Solon AG für Solartechnik 20.000 €, WPD Wind Projekt -Development GmbH 13.400 €.

(Quelle: Spendenaufstellung 2005 des Deutschen Bundestages an die Parteien. Drucksache 16/5090. In der Liste sind nur die Spenden ab 10.000 € berücksichtigt.)

Interessanter wird die Entwicklung des grünen Spendenaufkommens ab 2008. Die wichtigsten Spendeneingänge der Jahre 2008-2011 finden Sie in der folgenden Übersicht. Diese Tabelle enthält nur die Großspenden ab 10.000 Euro. Daß Kleinvieh (unter 10.000 €) auch „Mist macht“, erkennen Sie an der Gesamtsumme aller Spenden in der Tabelle. Übrigens, Frl. Roth ist nicht dabei, während andere führende Grüne kräftig in die eigene Tasche greifen – zum Wohl der grünen Zielsetzung.

Fazit der Spendengeschichte: Die Grünen kochen also auch nur mit Wasser und lechzen genauso nach Manna geneigter Unternehmer wie die von ihnen angegriffenen Alt-Parteien. Sie haben überhaupt keinen Grund, sich moralisch über die Altparteien zu erheben.

Hier die Übersicht 2008 – 2011:

	2011		2010		(Bundestagswahl) 2009		2008	
	EURO		EURO		EURO		EURO	
Gesamtspenden an Bündnis '90/Die Grünen								
Mandatsträger u. ähnliche regelmäßige Beiträge	7.714.360		6.979.775		5.708.424		5.530.603	
Spenden von natürlichen u. juristischen Personen	4.849.705		4.043.247		5.445.004		3.908.849	
	12.564.065		11.023.023		11.153.428		9.439.452	
Spenden über 10.000 €								
Allianz SE, Berlin	50.001		60.001		60.001		60.001	
Bertelsmann AG, Gütersloh	0		0		30.000		0	
BMW AG, München	42.655		43.681		45.856		42.263	
BTA Betriebs- u. Anlagengesellschaft GmbH, Berlin	0		0		12.000		0	
Commerzbank AG, Frankfurt	0		0		0		25.000	
Daimler AG, Stuttgart	45.000		40.000		40.000		0	
Deutsche Bank AG, Frankfurt	0		0		25.000		0	
ERGO Vers. AG, Düsseldorf	15.000		20.000		0		0	
Fachverband Kartonverpackung, Berlin	0		0		15.000		0	
First Solar GmbH, Mainz	0		0		20.000		0	
Firma K Zwei Systems GmbH, Leonberg	14.900		0		0		0	
IBC Solar AG, Bad Staffelstein	20.000		0		0		15.000	
Joschka Fischer & Company GmbH, Berlin	0		30.000		0		0	
JUWI Holding AG, Worrstadt	16.500		0		20.000		0	
LichtBlick GmbH&Co.KG, Hamburg	0		0		10.070		0	
Maruhn Immobilien GmbH Co. BerlinCampous AG	0		0		0		15.000	
Münchner Rückversicherung, München	15.000		0		0		0	
Ostwind Gewerbebau GmbH, Regensburg	0		0		25.000		0	
Ostwind Projekt, Regensburg	0		0		33.000		0	
Sixt AG, Höllriegelkreuth	28.000		0		0		0	
SMA Solar Technology AG	0		0		0		17.500	
Solarworld, Bonn	0		0		15.000		0	
Südwestmetall, Stuttgart	0		0		12.500		12.500	
Südwestmetall Verband Metall- u. Elektroindustrie BW e.V., Stuttgart	60.000		30.000		0		0	
Südzucker AG, Mannheim	0		0		0		0	
Verband Metall- u. Elektroindustrie NRW, Düsseldorf	0		15.000		0		0	
Verband der Bay. Metall- u. Elektroindustrie, München	35.000		35.000		35.000		20.000	
Verband der chemischen Industrie, Frankfurt	20.000		0		0		0	
Victor's Bau und Wert AG, Saarbrücken	0		0		47.500		0	
Volkswagen AG	0		0		0		13.983	
Windframe Sarow GmbH, Oldenburg	20.000		0		0		0	
	382.056		273.682		445.927		221.247	

(Quelle:Rechenschaftsbericht der Grünen)

Zum Schluß

Fassen wir zusammen:

- Die Grünen bedrohen unsere freiheitlich-soziale Republik. Sie gefährden den Staat durch Übertragung seiner Kompetenzen auf eine Art EUdSSR, sie entnationalisieren unser Vaterland und entmachten unsere Verfassungsorgane und die parlamentarische Vertretung (Bundestag) durch Abgabe deutscher Souveränität an Europa.
- Sie gefährden unsere Verteidigungsarmee durch deren Umwandlung in eine internationale Hilfstruppe, deren Kommandanten in Washington (US-Regierung) und New York (UNO) sitzen.
- Sie gefährden den politischen Souverän durch eine gewollte Desintegration („Multikulti“) der bisherigen deutschen („autochthonen“) Bevölkerung.
- Sie gefährden die Familie als Keimzelle der Gesellschaft und bieten stattdessen mehr staatliche Bevormundung.
- Sie gefährden die christlich-jüdische, abendländische Tradition und Wertegrundlage unserer Gesellschaft.
- Sie gefährden das Individuum in seiner freien Selbstbestimmung, sondern schreiben vor, wie wir zu leben haben. Aus Freiheit wird Bevormundung.
- Sie wollen einen „neuen Menschen“ – geschlechtsneutral und frei von Bindungen. „Gender“ wird zur Norm des deutschen Grundgesetzes.

Für alle diese Themen steht ein Name: Jürgen Trittin.

Dieser Machtmensch ist der Strategie der Grünen und soll uns in das neue Deutschland führen. In den Abgrund?

Peter Helmes
Hamburg, 15. Mai 2013

Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers

1980 wurde die „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gegründet, um Franz Josef Strauß bei seiner Kandidatur zum Bundeskanzler zu unterstützen. Initiatoren waren u. a. der Verleger Axel Springer, ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, Olympiasiegerin Jutta Heine, Schachgroßmeister Ludek Pachmann, und der ehemalige Redaktionsleiter der BILD-Zeitung in Bremen, Joachim Siegerist.

Die Geschäftsführung übernahm Peter Helmes, zuvor langjähriger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands. Der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gelang es, insbesondere auch außerhalb Bayerns, eine große Wählerschaft für Franz Josef Strauß zu mobilisieren.

Nach der Wahl galt es, die gewonnenen Freunde zusammenzuhalten und für die konservativen Werte in Gesellschaft und Politik weiter-zukämpfen. Deshalb gründeten Ende des Jahres 1980 Löwenthal, Pachmann, Strauß-Anwalt Dr. Ossmann, Siegerist, Helmes u. a. die „Konservative Aktion e.V.“, aus der 1985 die Deutschen Konservativen e.V. entstanden.

Die Konservative Aktion e.V. schoß in den Achtzigern ein ganzes -Feuerwerk politischer Aktionen ab. So wurde 1983 in der Bernauer Straße in Berlin das erste Loch in die Mauer geschlagen. An jedem 13. August und 17. Juni ging die Konservative Aktion nach Berlin oder an die Zonengrenze. An Tausenden von Luftballons ließ sie Flug-blätter gegen die SED-Machthaber in die „DDR“ fliegen. Die „DDR“-Armee versuchte mit Hubschraubern die Flugblätter abzudrängen.

Als Gegengewicht zu den wütenden anti-amerikanischen Aktionen der Linken startete die Konservative Aktion bewußt pro-amerikanische Veranstaltungen. Der damalige US-Präsident Reagan, zu dem Joachim Siegerist enge Kontakte hatte, dankte es dem Verband mit einem persönlichen Schreiben.

Auch nach dem Fall der Mauer sprachen sich die Deutschen Konservativen öffentlich gegen jegliche Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei PDS aus (seit 1998 bzw. 2001 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Koalition mit der SPD). Sie warfen den Sozialisten vor, ihre Anhängerschaft sei noch immer die gleiche wie zu „DDR“-Zeiten, als die SED Staatspartei war, und hätte diese alten Überzeugungen noch nicht abgelegt.

Die Deutschen Konservativen kämpfen ebenso unnachgiebig gegen den Sozialismus, weil dieser menschenverachtend ist und die Freiheit jedes Bürgers beschneidet. Dabei verweisen sie insbesondere auf die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und der sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Auf einer ihrer Demonstrationsveranstaltungen gegen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sprachen in diesem Zusammenhang auch Vertreter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und der „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“, um die Partei an ihre historische Verantwortung zu erinnern.

Heute sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. unbestreitbar die wohl bedeutendste demokratische, konservative Bewegung in Deutschland. Mit mehr als 40.000 Anhängern besteht sie den täglichen Kampf gegen die Linken und die linken Medien.



Das Programm der Grünen ist ein Desaster.

*Die Leistung der Einzelnen wäre weniger wert,
Eigentum wäre weniger geschützt,
Eigenverantwortung wäre weniger gefragt.*

*Dies alles aber hat Deutschland und seine Menschen
erfolgreich gemacht, das verstehe ich unter bürgerlich-
verantwortlich. Entsprechend verstehe ich nicht, wie
man die Grünen für die neuen Bürgerlichen halten
kann. Die Partei ist einfach links...*

Uli Baur
Ex-Chefredakteur Focus